Johann Friedrich Alexander von Wied.

Ein deutscher Reichsgraf in der Politik des 18. Jahrhunderts.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität
zu Marburg

vorgelegt von

Karl Bierbrauer
aus Kolberg.

Marburg 1927.
C. F. Post'sche Buchdruckerei und Verlag G. m. b. H., Ostseebad Kolberg.

Als Dissertation angenommen am 2. Juli 1927.

Berichterstatter: Herr Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Busch

Tag der mündlichen Prüfung: 13. Juli 1927.

Gedruckt mit Genehmigung der Fakultät.

Inhaltsübersicht.

Einleitung.

I. Friedensvermittlung zwischen Österreich und Frankreich 1735—38.

II. Friedensvermittlung zwischen Österreich und Frankreich 1741.

III. Gegensatz zum Wiener Hofe in dem Streit um das „Don gratuit".

IV. Preußisch-protestantische Politik im Siebenjährigen Kriege (Kontingentstellung, Subsidienverträge, Friedensvermittlung zwischen Preußen und Frankreich 1757.)

V. Überblick über die Regierungstätigkeit in der Grafschaft Wied.

Einleitung.

Aus dem Neuwieder Fürstengeschlecht sind die in der Geschichte bekanntesten Persönlichkeiten der Kölner Erzbischof Hermann von Wied,[1] der entgegen „dem geistlichen Vorbehalt" in seinem Erzbistum die Reformation einzuführen versuchte, und Graf Karl von Wied,[2] der sich im Siebenjährigen Kriege als preußischer Heerführer auszeichnete und des großen Königs volle Anerkennung erwarb. Außer ihnen verdient als einer der bedeutendsten Neuwieder Grafen und als eine geschichtlich bemerkenswerte und für seine Zeit charakteristische Persönlichkeit auch Karls älterer Bruder, Johann Friedrich Alexander, genannt zu werden. Er hat sich durch seine treffliche Regierung um die Grafschaft Wied hohe Verdienste erworben. Außerdem aber — und insofern nehmen wir ein höheres Interesse an ihm — hat er an wichtigen Fragen der europäischen Politik tätigen Anteil genommen. Seine Wirksamkeit als Regent der Grafschaft Wied soll hier nur soweit berührt werden, als sie zur Charakterisierung seiner Person und seines politischen Handelns dient. Eigentlicher Zweck der Arbeit, die aus Studien im fürstlichen Archiv in Neuwied und im Hof- und Staatsarchiv in Wien entstanden ist, soll sein, die Stellung des Grafen in der allgemeinen Politik des 18. Jahrhunderts zu kennzeichnen.

---

[1] C. Varrentrapp: Hermann von Wied und sein Reformationsversuch. Leipzig 1878.

[2] Fr. von der Wengen: Graf Karl zu Wied. Preuß. Generalleutnant. Gotha 1890.

I. Friedensvermittlung zwischen Oesterreich und Frankreich 1735–1738.

Am 1. Februar 1733 starb König August II. von Sachsen-Polen. Polen war ein Wahlreich, und somit die Thronfolge von Wichtigkeit und Bedeutung auch für die übrigen Mächte Europas. Seit Jahren hatte man ihr in den Kabinetten Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Frankreich trat für die Rückberufung des polnischen Magnaten Stanislaus Lesczynski ein, den Karl XII. im Nordischen Kriege August dem Starken als Gegenkönig entgegengestellt hatte und der inzwischen der Schwiegervater Ludwigs XV. geworden war. Es wollte sich den beherrschenden Einfluß in Polen sichern und dadurch seine europäische Machtstellung stärken. Dem aber widerstrebten Rußland, Österreich und Preußen, die als Nachbarn Polens an der Regelung der Thronfrage vor allem interessiert waren. Ebenso lehnten sie zunächst den sächsischen Kurprinzen Friedrich August ab, der seinem Vater auf dem polnischen Throne nachzufolgen hoffte, da sie auch eine erneute Verbindung Polens mit Sachsen nicht wünschten. Doch schließlich wurden Rußland und der Kaiser durch Zugeständnisse von August III. gewonnen: Rußland durch das Versprechen, Kurland als polnisches Lehen einem Günstling der Zarin Anna, dem Grafen Biron, zu überlassen, der Kaiser durch die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion. Den Polen indessen war ihr Landsmann Stanislaus Lesczynski angenehmer als der sächsische Bewerber, darum wählten sie ihn, zumal er durch die französische Agitation wirksam unterstützt wurde, zum König. Vor einem russischen Heere jedoch, das in Polen einrückte, mußte er nach Danzig fliehen, und unter dem Druck der russischen Waffen wurde in einer neuen Wahl August III. zum Herrn des Landes ausgerufen.

Der französische Plan war mißglückt, aber Frankreich nahm die Entscheidung nicht ruhig hin, vielmehr ward der polnische Streit zum Anlaß genommen für eine weit größere und wichtigere Auseinandersetzung.

Über die politische und militärische Lage vor Beginn der Unterhandlung vergl.:

Erdmannsdörffer: Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen. Berlin 1892 Bd. II, S. 444—458.

Immich: Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660 bis 1789. München und Berlin 1905. S. 268—274.

Arneth: Prinz Eugen. Wien 1864 Bd. III. S. 448—456.

1726 war in Paris der Kardinal Fleury Minister geworden. Im allgemeinen eine friedfertige Natur, war er doch in Erinnerung an die Zeit Ludwigs XIV. von dem Ehrgeize beseelt, Frankreich als die Vormacht Europas zur Geltung zu bringen. Zur Stärkung der französischen Machtstellung hatte stets der Kampf gegen das Haus Habsburg gedient. So ward durch ihn und seinen Außenminister Chauvelin diese seit etwa 200 Jahren von Frankreich verfolgte Politik mit größerer Entschiedenheit wieder aufgenommen, als es in den letzten 20 Jahren seit Beendigung des Spanischen Erbfolgekrieges geschehen war.

Auch aus einer besonderen Veranlassung heraus hielt man den Kampf gegen das Kaiserhaus für notwendig. Die Vermählung des Herzogs Franz von Lothringen mit Maria Theresia, der ältesten Tochter Karls VI., stand in sicherer Aussicht. Hierdurch wurde das Grenzland, nach dessen Erwerb Frankreich schon immer getrachtet, unter den Schutz Österreichs gestellt. Dies zu verhindern und Lothringen in französischen Besitz zu bringen, sollte die Aufgabe des neuen Angriffes sein. Der polnische Thronstreit bot den gewünschten Vorwand zur Kriegserklärung, obgleich der Kaiser in ihm nur eine Nebenrolle gespielt hatte, da seine Truppen überhaupt nicht über die Grenze gegangen waren.

Verwickelungen des Kaisers mit anderen Mächten kamen Frankreich zustatten. Die Wittelsbacher erhoben für den Fall des Todes Karls VI. Anspruch auf die Kaiserkrone und auf österreichisches Gebiet. Ihnen hatte sich Frankreich — bezeichnend für seine Politik — bereits vor dem Ausbruche der polnischen Thronwirren genähert, um wie unter Ludwig XIV. seinen Einfluß auf eine Reihe deutscher Staaten wiederherzustellen und womöglich dem Feinde die Kaiserkrone streitig zu machen. So kam es, daß Pfalz und Köln neutral blieben und Bayern sich noch enger durch einen Bündnis- und Subsidienvertrag im November 1733 an Frankreich anschloß.

In Italien hatte Spanien seit dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges die Erwerbung der Fürstentümer Parma, Piacenza und Toskana und die Verdrängung des Kaisers aus den vorher zur spanischen Gesamtmonarchie gehörenden und ihm im Frieden von Rastatt zugesprochenen Gebieten von Mailand, Neapel und Sizilien erstrebt. Um auch diesen Gegner des Kaisers auf seine Seite zu ziehen, hatte Fleury mit dem Madrider Hofe schon vor 1733 Verhandlungen angeknüpft. Als der Krieg ausbrach, hatte er sein Ziel erreicht. Auch Spanien verband sich mit Frankreich, nachdem ihm zur Eroberung der italienischen Länder und zur Wiedergewinnung des an die Engländer im Frieden von Utrecht 1713 verlorenen und seitdem immer wieder begehrten Gibraltar Unterstützung versprochen worden war. Ihrem Bündnis trat ferner König Karl Emanuel von Sardinien gegen die Zusicherung von Mailand bei.

Der Kaiser sah sich also einer starken Koalition gegenüber. Zu ihm stand Rußland, dessen Truppen aber auf dem Kampfplatze

vorläufig nicht zu erwarten waren. Wenig bedeutete es auch, daß der Reichskrieg gegen Frankreich beschlossen wurde, denn die Reichshilfe, die gewöhnlich mangelhaft war, konnte nicht entscheidend ins Gewicht fallen, zumal noch die wittelsbachischen Fürsten ihre Teilnahme versagten. Dagegen erklärte sich Friedrich Wilhelm I. von Preußen bereit, eine Armee von 50 000 Mann an den Rhein zu senden. Doch das Angebot wurde zurückgewiesen und nur eine Unterstützung durch 10 000 Mann (gemäß einem Vertrage von 1728) angenommen. Denn in Wien wollte man von einer solchen Machtentfaltung, die den König nicht mehr als Reichsstand, sondern als selbständigen Bundesgenossen erscheinen ließ, nichts wissen und argwöhnte zudem, daß sie dazu verwendet werden solle, bei dem bevorstehenden Aussterben des kurpfälzischen Hauses preußische Ansprüche in der jülich-klevischen Erbfolgefrage zu sichern. Überdies glaubte Karl VI. die preußische Hilfe überhaupt entbehren zu können, denn große Hoffnung hatte er auf England und die Niederlande gesetzt. Auf Verlangen der Seemächte, die jeder Beeinträchtigung ihres Handels widerstrebten, hatte er die Ostendische Handelskompagnie aufgelöst und dafür die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion erhalten. Er glaubte, daß er beide Mächte wie im Spanischen Erbfolgekriege gegen die bourbonischen Höfe auf seiner Seite haben werde. Aber in England wie in den Generalstaaten überwogen die Handelsinteressen alle anderen Rücksichten, beide wünschten für sich den Frieden, ja, sie sahen es nicht ungern, wenn Neapel und Sizilien dem Kaiser, dessen Handelsbestrebungen sie mit Mißtrauen verfolgten, entrissen würden und dem handelspolitisch weniger gefährlichen und vom englischen Handel abhängigen Spanien zufielen. Sie lehnten also das Hilfegesuch des Kaisers ab mit der Begründung, die Pragmatische Sanktion, die man ihm garantiert habe, komme hier nicht in Frage; man habe keine Veranlassung und ihm gegenüber auch keine Verpflichtung übernommen, sich in einen Kampf einzulassen, den er sich durch seine Einmischung in die polnische Königswahl zugezogen habe. So begann der Kaiser im wesentlichen auf sich selbst gestellt den Kampf, der überall zu seinen Ungunsten verlief.

Die Franzosen eroberten Lothringen und nahmen die Festungen Kehl und Philippsburg. In Italien wurden die kaiserlichen Heere bei Parma und Guastalla geschlagen, und die italienischen Besitzungen, Sizilien, Neapel und fast die ganze Lombardei, gingen verloren. Die Truppen befanden sich überall in dem denkbar schlechtesten Zustande, die finanzielle Not des Staates ließ eine Weiterführung des Kampfes kaum zu, die erwartete Unterstützung von seiten der Seemächte kam nicht. Dies war die Lage im Herbst 1734. Zu einer Änderung, die nur durch eine kühne Offensive erreicht werden konnte, fehlten die Kräfte. Die Minister und Heerführer, unter ihnen Prinz Eugen, rieten darum dem Kaiser, Frieden zu schließen, auch wenn er ihn unter schweren Opfern erkaufen müßte. Trotzdem setzte er den Krieg fort, aber

zu entscheidenden Schlägen konnte er sich nicht mehr aufraffen. Auch die Feinde begnügten sich mit der Behauptung der eroberten Länder, und so zog sich der Krieg in die Länge, ohne daß eine Aussicht bestand, ihn zu beenden.

Zwar versuchten die Seestaaten seit Januar 1735 eine Einigung zu erzielen, aber ihre Bemühungen führten zu keinem Erfolge. Dem Kaiser kam es bei den Verhandlungen vor allem darauf an, seine Verbündeten zu kriegerischem Eingreifen zu bewegen, während seine Gegner die Vorschläge der vermittelnden Mächte noch entschiedener zurückwiesen.[1]

Allergings war auch Frankreichs Stellung nicht so, daß ihm nicht ebenfalls eine baldige Beendigung des Kampfes hätte erwünscht sein müssen. Die Gebiete, um die der Krieg geführt wurde, waren gewonnen. Es führte den Feldzug nicht mehr mit demselben Nachdruck wie zu Anfang und war infolge der Kriegsausgaben erschöpft. Durch weiteres Vordringen nach Deutschland fürchtete es, wie in früheren Zeiten größeren Widerstand der Reichsfürsten, namentlich Preußens, hervorzurufen. Es bestand außerdem die Möglichkeit, daß die Seemächte doch noch, ihres Handels wegen den Frieden zu erzwingen, aus ihrer Neutralität heraustreten und auf Frankreich und seine Verbündeten einen Druck ausüben würden. Ja, die Gefahr einer Einmischung Englands war näher gerückt, als infolge einer Beleidigung der portugiesischen Gesandtschaft ein Streit zwischen Spanien und den mit den Engländern verbündeten Portugiesen entstand. Ferner schickte sich Rußland zu tatkräftiger Unterstützung des Kaisers an und setzte ein Heer von 12 000 Mann in Marsch. Endlich noch war zu befürchten, daß Spanien und Sardinien mit dem Kaiser einen Separatfrieden schlossen, wenn sie damit ihre Ziele erreichten. Bei Koalitionskriegen ist stets das Abspringen des einen oder anderen Verbündeten zu befürchten, und besonders Spanien war ein solcher Schritt zuzutrauen, war es doch seit 20 Jahren von einer Partei zur anderen übergegangen, je nachdem es sein Vorteil verlangte. Gerade die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts war ein Zeitalter des diplomatischen Ränkespiels, in dem Vermittlungen und geheime Abkommen eine Hauptrolle spielten, in dem die Staaten ihre Absichten auf jede Weise zu verwirklichen suchten, bald durch Krieg, bald durch Vergleich, immer wieder ihre Bündnisse wechselnd. Es gab also genug Gründe militärischer, finanzieller und politischer Art, die auch Frankreich bestimmen konnten, seinerseits eine Verständigung mit dem Feinde zu suchen. In der Tat ist denn, als sich eine unauffällige Gelegenheit bot, von Versailles aus der erste Schritt unternommen worden.

Die Franzosen waren im Frühjahr 1734 an die Mosel vorgedrungen und hatten Trier und Trarbach genommen. Sie verlangten nun auch von dem Grafen von Wied Kontributionen und drohten ihm mit Exekution. Da schickte Graf Friedrich Wilhelm

[1] F. Förster: Die Höfe und Kabinette Europas im 18. Jahrhundert. Potsdam 1836—39, Bd. II, S. 37—45.

den Baron Nierodt nach Paris, um den Kardinal Fleury um Befreiung von den Kriegsforderungen und der angekündigten Exekution zu bitten. Bei dieser Gelegenheit erhielt Nierodt die Anregung, eine direkte Friedensvermittlung zwischen Frankreich und Österreich ohne Wissen der übrigen Mächte herbeizuführen.[1]

Der Graf von Wied leistete der Aufforderung Folge und sandte seinen ältesten Sohn Friedrich Alexander im April 1735 nach Wien, die Vermittlung einzuleiten. Er hoffte, wie wohl zu vermuten ist, daß auch er seinen Vorteil dabei finden werde. Er konnte sich Frankreich zu Dank verpflichten, den französischen Kriegsforderungen entgehen und sein Land den Bedrängnissen des Krieges entziehen. Ebenso konnte er die Gunst des Kaiserhofes gewinnen, die für ihn, den Reichsgrafen, von Bedeutung war. Durch die Vermittlung war also eine gute Möglichkeit gegeben, eigene Wünsche und Forderungen zu vertreten.[2]

Daß Graf Friedrich Wilhelm seinen Sohn als Vermittler wählte, ist ein ehrenvolles Zeugnis für diesen, ein Beweis für das Vertrauen, das der Vater in ihn setzte. Er war damals 29 Jahre alt. Er war geboren am 19. November 1706. Nach vorübergehendem Aufenthalt auf den ostpreußischen Gütern seines Großvaters, des Burggrafen Alexander zu Dohna, hatte er 1724 in Straßburg studiert. 1729 hatte er den russischen Gesandten Golowkin zu dem von den europäischen Mächten veranstalteten Kongreß nach Soissons und von da nach Paris begleitet.[3] Der Verkehr mit dem ihm befreundeten Gesandten, die Teilnahme an dem Kongreß und der Aufenthalt in Paris mögen ihm einen Einblick in die europäische Politik verschafft und in ihm das politische Interesse geweckt haben. Um so mehr mußte ihn der Auftrag, nach Wien zu gehen, reizen, da ihm nunmehr Gelegenheit zu selbsttätigem politischen Wirken gegeben war.

Er war sich der Eigenart seiner Sendung wohl bewußt. Er vergleicht sie mit der des Herzogs von Ripperda während des Kongresses von Cambray 1724. Damals war Spanien mit Frankreich und England verbündet, fand aber bei ihnen für seine italienischen Pläne keinen Beistand gegen den Kaiser und sah sich infolge der Verbindung mit England der Möglichkeit beraubt, in den Besitz von Gibraltar zu kommen. Darum trat es, während sich die Mächte vergebens bemühten, die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze durch gütliche Vereinbarung beizulegen, durch den

[1] R. A. Friedensvermittlung zwischen Frankreich und Österreich 1735. Brief Nierodts vom 8. Mai; ebenso Schreiben des Grafen Friedrich Alexander: „Mes réflexions pour le voyage de Vienne".

[2] Friedrich Alexander bemühte sich z. B. während seines Aufenthaltes in Wien darum, daß der Reichshofrat in einem Prozesse gegen Kurtrier wegen des Dorfes Irlich eine günstige Entscheidung fällte, daß sein Vater zum Kondirektor des westfälischen Grafenkollegiums ernannt würde und der Kaiser ihm für die Einquartierung von Reichstruppen 1734 Ersatz leistetete.
R. A. Korrespondenz Friedrich Alexanders an seinen Vater 1729—37. 18. Juli, 1. August und 6. Dezember 1736.

[3] Von der Wengen a. a. O. S. 1—5.

Herzog von Ripperda in unmittelbare Beziehung zum Kaiserhofe und erreichte so ohne Kenntnis seiner Verbündeten eine Einigung mit dem bisherigen Gegner. Ähnlich war die Aufgabe des Grafen Wied: er sollte unter Ausschluß der Seemächte für eine Verständigung zwischen Frankreich und Österreich arbeiten. Zwar war er nicht befugt, den Frieden definitiv zu schließen, er sollte ihn nur anbahnen. Es mußte ihm also zunächst darauf ankommen, die Stimmung des Wiener Hofes zu erforschen, zu sehen, ob er zum Frieden bereit sei oder nicht.[1]

Am 18. März 1735 hatte er seine erste Unterredung mit dem Kanzler Sinzendorff. Er teilte ihm mit, wie der Kardinal seinen Willen zum Frieden Nierodt gegenüber ausgesprochen habe und zu Verhandlungen in Wien oder Paris bereit sei.[2] Er versuchte den Minister zu überzeugen, daß weitere Hoffnung auf die Seemächte nutzlos sei und Frankreich und Österreich allein schneller zu einer Einigung kommen würden. Bestimmte Friedensvorschläge machte er noch nicht, um von vornherein keinen Widerspruch hervorzurufen; er war fürs erste nur darauf bedacht, Sinzendorff zu Verhandlungen geneigt zu machen.[3]

Aber in Wien wollte man zunächst nichts von Unterhändlern hören; er fand den schärfsten Widerstand, überhaupt in Verhandlungen einzutreten.[4] Damals dauerte die Vermittlung der Semächte noch an, und man hegte die Hoffnung, daß sie doch noch die Waffen für den Kaiser ergreifen würden.[5]

Die größte Schwierigkeit aber, die sich der Unterhandlung in den Weg stellte, war das Mißtrauen des Wiener Hofes gegen Fleury. Es gründete sich nicht allein auf die Vermutung, der Kardinal beabsichtige, durch diesen Schritt den Kaiser völlig mit den Seemächten zu entzweien und ihm jede Aussicht auf ihre Unterstützung zu nehmen,[6] sondern war hauptsächlich durch sein Verhalten in einem ähnlichen Falle bewirkt worden. In einer Weisung des Kaisers an den Gesandten von Schmerling in Paris vom Dezember 1735, in der Schmerling ein Überblick über den Verlauf der Friedensunterhandlung bis zu diesem Zeitpunkte gegeben wird, heißt es, daß schon Ende 1734 in dem Neujahrsglückwunschschreiben des Kardinals die erste Eröffnung gekommen sei, daß der französische Hof in eine geheime Unterhandlung treten wolle; hierauf sei lange nichts zu vernehmen gewesen, bis endlich am 22. März 1735 ein Bericht des kaiserlichen Gesandten Grafen Harrach eingelaufen sei mit der Meldung, tags zuvor sei der zu Brüssel anwesende Nuntius zu ihm gekommen und habe ihm einen Brief des Kardinals vorgezeigt, der wiederum den Wunsch

[1] N. A. Friedensvermittlung 1735. „Mes réflexions pour le voyage de Vienne."
[2] W. St. A. Weisung an den Gesandten von Schmerling in Paris Dezember 1735.
[3] N. A. Friedensvermittlung 1735. Bericht Wieds aus Wien.
[4] N. A. Friedensvermittlung 1735. Brief an Nierodt 30. Mai 1735.
[5] N. A. Bericht Wieds aus Wien.
[6] Arneth a. a. O. S. 473.

nach Frieden enthalten habe. Wie aus der Weisung hervorgeht, war man in Wien auf diese Anregung eingegangen, hatte aber von dem Kardinal Fleury in der von ihm selbst veranlaßten Angelegenheit eine solch eigenartige Behandlung erfahren, daß das Mißtrauen in einem zweiten derartigen Falle, also hier bei der Sendung des Grafen Wied, vollkommen zu verstehen ist. In der Weiisung an Schmerling wird nämlich gesagt: „Die arth, wie die sach damal abgebrochen worden, hat uns unschöne zu erkennen gegeben, daß dem Französischen Hof noch nicht ernst seyn müsse, mit Uns eine wahrhafte handlung anzubinden, insonderlicher erwegung, daß ansonsten und wo der mit Unserer Antwort sich zugetragen haben sollende Zufall keine bloße Erdichtung gewesen wäre, der Kardinal nicht ermangelt haben würde, eine anderwärtige Abschrift davon anzuverlangen. Gleichwie aber das letztere unterblieben, also haben Wir Unseres orthes es dabey lediglich bewenden lassen." Dieser hier in etwas allgemeinen Ausdrücken erwähnte Fall wird ergänzt und erklärt durch einen Brief des Grafen Wied an Nierodt;[1] es ist nach der ganzen Sachlage nicht zu zweifeln, daß in beiden Schreiben derselbe Vorgang gemeint ist. Graf Wied berichtet, daß er das größte Mißtrauen gegen den französischen Hof gefunden habe und man aufs äußerste gereizt sei gegen den Kardinal, der auf einen Brief, der den Plan zum Frieden enthielt, keine Antwort gegeben habe unter dem Vorwande, der Brief sei in den Kamin gefallen und er entsinne sich nicht mehr des Zusammenhanges.

Die Aussichten für die Vermittlung waren also zuerst nicht günstig. Doch wurde der Graf nicht vollständig abgewiesen. Weitere Besprechungen folgten, und nach 3 Wochen wurde ihm eine Antwort an Fleury diktiert, die die Bereitwilligkeit ausdrückte, in Unterhandlungen einzutreten. Vorsichtigerweise trug sie nicht die Unterschrift eines kaiserlichen Ministers, da auch der Graf keine schriftliche Vollmacht von Fleury aufzuweisen hatte.[2] Mit der Antwort Sinzendorffs reiste er Anfang Juni von Wien ab,[3] am 13. desselben Monats überreichte sie Nierodt dem Kardinal in Paris.[4] Geraume Zeit verging, bis endlich Wied mit dem französischen Bevollmächtigten de la Baune in Wien ankam. Am 14. August zeigte er Sinzendorff die Ankunft des Unterhändlers an und übergab dem Minister die zustimmende Antwort Fleurys vom 16. Juli.[5] Damit waren die offiziellen Besprechungen eingeleitet.

[1] N. A. Friedensvermittlung 1735. An Nierodt 30. Mai 1735.
[2] N. A. Friedensvermittlung 1735. Bericht Wieds aus Wien und Brief vom 10. Juni 1735.
[3] W. St. A. Weisung an Schmerling.
[4] N. A. Schreiben Fleurys vom 16. Juli 1735.
[5] W. St. A. V. und C. betr. A. 63 XI. Mémoire contenant le rescrit de ce qui s'est passé avec Mr. de la Baune.

Der Brief ist so abgefaßt, als ob alle Vorschläge über Verständigung, Geheimhaltung, Absendung eines Bevollmächtigten usw. von Österreich in dem von Nierodt überbrachten Schreiben Sinzendorffs vom 11. Juni gemacht würden und Fleury diese Anregung nur annehme.

Wichtiges war also durch den Grafen von Wied erreicht worden. Er hate, da die Erfolglosigkeit der bisherigen Vermittlungsversuche offenbar war, den Wiener Hof nach anfänglichem Widerstand allmählich für seine Gedanken gewonnen. Er hatte ihn zum Verzicht auf die Hilfe und weitere Vermittlung der Seemächte bewogen und ihn von dem Vorteil einer geheimen und direkten Unterhandlung überzeugt. Vor allem war auch das Mißtrauen gegen Fleury überwunden worden. So hatte er den Weg für die Verhandlungen freigemacht, die Voraussetzungen für die Verständigung geschaffen.

Hierin lag sein Hauptverdienst. Als die französischen Bevollmächtigten in Wien erschienen, führten sie selbstverständlich

---

Hiergegen wird österreichischerseits in der Weisung an Schmerling Stellung genommen. Mit Verwunderung wird darauf hingewiesen, daß der Kardinal die Sache so darstelle, „als ob der erstere anwurf wegen einseitiger Handlung nicht von Frankreich an Uns, sondern in Unserem namen durch den Grafen Wied und Baron Nierodt an Frankreich gemacht worden.“ Auch in einem kaiserlichen Schreiben vom 11. Oktober 1735 an Baron Wutgenau, den Kommandanten von Mantua, heißt es: „Es hat sich auf des Französischen Hofes selbsteigene unvermuthete veranlassung die gelegenheit gefüget, mit gedachtem Hof eine geheime Handlung anzubinden.“ (W. St. A. V. u. C. betr. A. 63 IV) Ebenso gibt Bartenstein in einer Denkschrift an die Kaiserin vom 13. Mai 1762 an, daß das Friedensangebot im Sommer 1735 von Frankreich aus unterbreitet worden sei. (Arneth: Archiv für österr. Geschichte Bd. 46 S. 163.) Diese Auffassung wird bestätigt durch die auf französische Quellen zurückgehende Darstellung von d'Haussonville: Histoire de la réunion de la Lorraine à la France, Paris 1859, Bd. IV, S. 401. Anmerkung, wo er ein Schriftstück erwähnt, nach dem zu urteilen die ersten Eröffnungen von Fleury in Wien gemacht worden seien. Ein weiterer Beleg findet sich in dem schon genannten Aktenstück des Neuwieder Archivs „mes réflexions pour le voyage de Vienne“, in dem gesagt wird, man dürfe in Wien kein Wort fallen lassen von dem, was sich in Versailles unter zwei Augen ereignet und wovon man dort gesprochen habe, sonst würden, wenn zufällig die kaiserlichen Minister nicht für den Frieden zu haben wären, die Seemächte gegen Frankreich die Waffen ergreifen. Wenn ferner Graf Wied in seinem Bericht aus Wien schreibt, daß er von Friedensbedingungen zunächst nicht gesprochen habe aus Furcht, wegen einiger Artikel in Frankreich verleugnet zu werden, so weist auch dies Zeugnis klar auf den Ausgangspunkt der Vermittlung hin. Überhaupt läßt der ganze Gang der Unterhandlung keine andere Deutung zu, als daß Österreich erst gewonnen werden mußte. Dort war man des Glaubens, Fleury persönlich sei der Urheber. Nach dem Briefe des Kardinals vom 16. Juli dagegen könnte — wenn man in ihm nicht ein taktisches Manöver sehen will, dem Wiener Hof die Initiative zuzuschieben — angenommen werden, er selbst habe nicht die Anregung zu dem Friedensschritt gegeben. Wie dem auch sei, wenn man ganz vorsichtig urteilen will, ob nun Fleury oder eine andere Persönlichkeit den Anlaß zur Sendung des Grafen Wied gegeben hat, unzweifelhaft steht fest, daß die Vermittlung auf Grund von Besprechungen in Versailles erfolgt ist. Fälschlicherweise schreiben also dem Kaiser die Anregung zu:

Förster a. a. O. S. 45.
Driault: Revue d'histoire diplomatique VII, Chauvelin.
Lavisse: Histoire de France VIII, 2; 122.
W. Coxe: Geschichte des Hauses Österreich IV, 28.
Immich: a. a. O. S. 273 hebt in einer Anmerkung hervor, daß es zweifelhaft sei, wer die ersten Schritte unternommen habe.

die eigentliche Unterhandlung, und er mußte ihnen gegenüber zurücktreten. Aber doch hatte er auch am weiteren Verlaufe noch Anteil, ebenso Nierodt, der zunächst mit ihm zusammenarbeitete und als Kurier öfter nach Paris geschickt wurde. Wied zeigte dem österreichischen Kanzler jedesmal die Ankunft der französischen Botschafter an, führte sie bei Sinzendorff ein und unterrichtete sie über den Hof und die kaiserlichen Minister; er bereitete Zusammenkünfte vor, nahm an Konferenzen teil und griff bei drohendem Abbruch der Verhandlungen vermittelnd ein.[1] Damit leistete er beiden Parteien willkommene Dienste und erleichterte durch seine Mitwirkung die Fortsetzung der Besprechungen. Drei Jahre lang war er in dieser Weise tätig, denn obwohl die Präliminarien bereits am 3. Oktober 1735 unterzeichnet wurden, konnte doch eine vollständige Einigung noch nicht erreicht werden. Immer neue Wünsche und Forderungen der beteiligten Staaten tauchten auf, so daß der definitive Friede erst 1738 geschlossen wurde.[2]

Natürlich verursachte der lange Aufenthalt in Wien große Kosten, darum wäre er schon gern früher zurückgekehrt. Er glaubte aber aushalten zu müssen, nicht allein, um sein Werk zu Ende zu führen, sondern vor allem, weil er sich eine angemessene Belohnung nicht entgehen lassen wollte und beide Teile ihn bis zum Abschluß vertrösteten.[3] Doch auch in der Zwischenzeit ließ er mit seinen Forderungen nicht nach und erreichte auch einiges. Im Dezember 1735 wurde er vom Kaiser zum Geheimen Rat ernannt,[4] und 1737 wurde ihm als Ersatz für seine Unkosten eine Summe ausgehändigt, die der Kaiser den westerwäldischen Ständen für die Einquartierung dänischer Truppen 1734 zu zahlen versprochen hatte. Es wurde dabei anerkannt, daß seine Tätigkeit nützlich und vorteilhaft gewesen sei. In der Befürwortung seiner Bitte heißt es: „Und endlichen wird doch von wegen derer pro rerum qui tum erat statu nicht ohnnütz aufgewandten unkosten Graf von Wied,

---

[1] W. St. A. A. ... B. und C. betr. A. 63. XI. Konferenzprotokoll vom 2. Oktober 1735.
N. A. Friedensvermittlung 1735. Brief Nierodts aus Fontainebleau 25. Oktober 1735.
Sinzendorff an Wied 8. November 1735.
D'Haussonville a. a. O. S. 419.
N. A. Korrespondenz Friedrich Alexanders an seinen Vater 1729 bis 1737. Die Briefe, die für diesen Zusammenhang nicht wichtige Einzelnachrichten enthalten, zeigen, daß er über die Unterhandlung und die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz eingehend unterrichtet ist.
N. A. Korrespondenz 1740—43. Schreiben an Belle-Isle 1743.
N. A. Allerlei Korrespondenz „Mémoire instructife“ 1755.

[2] Über die Vereinbarungen vergl. Immich a. a. O. 273/74.

[3] N. A. Friedensvermittlung 1735. Nierodt an Wied 21. Dezember 1735. Korrespondenz Friedrich Alexanders an seinen Vater 20. Oktober 1736.

[4] Arneth: Archiv für österreichische Geschichtsforschung Bd. 46 S. 163. Joh. Steph. Reck: Geschichte der gräflichen und fürstlichen Häuser Isenburg, Runkel, Wied. Weimar 1825. S. 253.

so von der Zahl dieser Reichs Stände ist, einige Belohnung von E. K. M. allerhöchster Milde je und allezeit zu gewarten haben.“ [1]

Mit den Zuwendungen von kaiserlicher Seite begnügte er sich ,nicht zufrieden war er mit dem, was er von Frankreich bekam. Auch hier verlangte er frühzeitig „Rekompensation“ und ließ durch Nierodt auf dessen Reisen nach Paris Fleury und dem Minister des Auswärtigen eine Rechnung von 100 000 Gulden vorlegen. Zwar versicherte Fleury immer wieder, daß er sich dankbar erweisen werde, die Summe aber fand man viel zu hoch. Man vertröstete Nierodt auf Du Theil, einen der Nachfolger de la Baunes in Wien, der den Auftrag habe, den Grafen zu entschädigen.[2] Dort empfing er, wie er selbst angibt, 20 000 Gulden und einen Ring für 3000 Gulden. Aber es war ihm nicht genug. Als er nun nach dem Friedensschlusse nach Hause zurückkehrte und, da sein Vater während der Unterhandlung plötzlich am Schlage gestorben war, die Regierung der Grafschaft übernahm, machte er erneute Anstrengungen. Besonders jetzt wäre ihm eine größere Geldsumme willkommen gewesen, denn er fand in Neuwied wenig günstige Verhältnisse vor, ein armes Land und viele Schulden. Vielleicht daß eine nochmalige Mahnung an sein politisches Verdienst ihm die Mittel in die Hand gab, sich aus dieser Notlage zu befreien. Gerade von Frankreich glaubte er noch etwas fordern zu können, da seine politische Tätigkeit ihm hauptsächlich zugute gekommen war, hatte es doch durch den Gewinn von Lothringen den größten Vorteil aus der ganzen Aktion gehabt. So schickte er denn 1738 einen Bankier Meyer aus Nancy nach Paris, der sich in mehreren Audienzen an den Kardinal Fleury und die französischen Minister wandte. Mit höflichen Phrasen aber, zum Teil mit rücksichtsloser Weigerung oder mit der Entschuldigung, daß die in Wien ausgezahlte Summe genügend gewesen sei, oder gar mit der Bemerkung, die Entschädigung sei Sache des Kaisers, wurde das Gesuch abgewiesen.[3] Ähnliche Versuche, die er noch 1751 und 55 durch seinen Bruder Karl unternahm, waren ebenfalls vergeblich.[4]

Wenn auch der äußere Gewinn den Erwartungen nicht entsprach, es erfüllten ihn doch Stolz und Befriedigung über den politischen Erfolg. Die Vermittlung war das größte Ereignis in seinem bisherigen Leben; er hatte im Mittelpunkt wichtiger Geschehnisse gestanden und zu ihrer Lösung selbst sein Teil beigetragen. Aber damit schien es nun, da der Friede geschlossen war, vorbei zu sein. Die Pflicht hatte ihn vor ganz andere Aufgaben gestellt, an den Regierungsgeschäften einer kleinen Grafschaft sollte er sich genügen lassen. Doch mit dieser Tatsache konnte er

---

[1] W. St. A. Konferenzprotokoll vom 23. März 1737.
[2] N. A. Friedensvermittlung 1735. Schreiben Nierodts vom 12., 15. und 21. Dezember 1735. — 24. Juli, 7. und 9. August 1736.
[3] N. A. Korrespondenz mit Bankier Meyer 1738/39.
[4] N. A. Allerlei Korrespondenz. Briefwechsel mit Graf Karl zu Wied in Wesel 1751 und 1755.

sich nicht ohne weiteres abfinden. Aus dem weiten Feld der europäischen Politik sah er sich in einen engen Wirkungskreis versetzt und fühlte sich unbefriedigt. Sich in die neuen Verhältnisse zu schicken, fiel ihm um so schwerer, da ein mühevoller Weg vor ihm lag. Bei der eigenen finanziellen Not und der Armut des Landes bedurfte es vieler Anstrengungen, hier Wandel zu schaffen. Um so verlockender erschien ihm die Teilnahme an den großen Weltbegebenheiten. Der Gedanke, auch ferner auf diplomatischem Gebiet zu wirken, hatte ihn schon während der Unterhandlung beschäftigt, und er hatte sein Augenmerk darauf gerichtet, in preußische Dienste zu treten. Da er mit dem Wiener Hofe vertraut war, hätte er gern hier an Stelle des Gesandten Brand, den er als ungeeignet für diesen Posten bezeichnet, die Vertretung Preußens übernommen.[1] Sein Plan hatte sich jedoch nicht verwirklicht; nun bemühte er sich 1740 noch einmal, in den preußischen Staatsdienst zu kommen, und zwar wünschte er wiederum, in der auswärtigen Politik verwendet zu werden. Sein Onkel, Graf Friedrich Alexander von Dohna in Wesel, übermittelte sein Begehren dem Erbprinzen Leopold von Anhalt-Dessau gelegentlich einer Reise Friedrichs II. nach seinen westlichen Provinzen. Jener trug den Wunsch dem Könige vor, und Friedrich ließ ihm die Stelle eines Oberkammerherren anbieten. Auf des Grafen Einwendungen, daß dieser Posten nicht seinem Verlangen entspreche, erwiderte der Prinz ihm, er möge sich zunächst einmal damit begnügen; es sei die höchste Zivilcharge, die verliehen werde, sie bringe ihn in die Umgebung des Königs, und so könne er diesem Beweise für seine Fähigkeiten geben und ihn allmählich für seine Pläne gewinnen; er möge den ersten Schritt tun, und er werde finden, daß er sein Streben nach Ehre und Ruhm im Dienste Preußens befriedigen könne. Der Graf war jedoch der Ansicht, daß man ihm einen leeren Titel biete. Auf irgend ein Amt aber kam es ihm nicht an, sondern er strebte von vornherein nach wirklicher politischer Tätigkeit. Da ihm das nicht gewährt wurde, lehnte er ab. In der Absage beeinflußten ihn sein Vetter Emil von Wied und seine Tante, die Gräfin von Dohna, die ihn auf den Schaden aufmerksam machten, den die Grafschaft durch die Abwesenheit des Landesherren erleiden würde, und die ihn vor den Mühen und Intriguen des Hoflebens warnten. Schweren Herzens mußte er sich bescheiden und in der Regierung der Grafschaft seine Hauptaufgabe erblicken.[2] Trotzdem ist er in der allgemeinen Geschichte des Jahrhunderts noch hervorgetreten, zunächst im 1. Schlesischen Kriege 1741.

---

[1] N. A. Korrespondenz mit General Grumbkow. 1736/37.
[2] N. A. Korrespondenz mit Prinz Leopold von Anhalt-Dessau 1740.

II. Friedensvermittlung zwischen Oesterreich und Frankreich 1741.

Am 20. Oktober 1740 starb Kaiser Karl VI. Er hatte kein Opfer gescheut, von den Mächten die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion zu gewinnen, um seiner Tochter Maria Theresia die Unversehrtheit und Unteilbarkeit der Gesamtmonarchie zu sichern. Es war ihm gelungen, fast aller Einverständnis zu erhalten, aber nun, als er aus dem Leben schied, zeigte es sich, wie wenig die Zusicherungen bedeuteten. Sein Tod war für die Widersacher des Hauses Habsburg das Zeichen zum Handeln.[1]

Der Kurfürst Karl Albert von Bayern sah den Augenblick gekommen, wittelsbachische Ansprüche auf österreichisches Gebiet zu erneuern. In Spanien regte sich wieder die alte Feindschaft gegen die Habsburger, und die Hoffnung auf Vergrößerung des italienischen Besitzes erwachte aufs neue. Beide rechneten auf den Beistand Frankreichs, dem eine günstige Gelegenheit gegeben war, seinem alten Gegner abermals einen Schlag zu versetzen.

Zwar schien der greise Kardinal Fleury nicht entschlossen zu sein, einen neuen Krieg gegen Österreich zu führen. Er gab sowohl Maria Theresia wie dem Kurfürsten von Bayern beruhigende Versicherungen. Aber in Paris drängte eine Kriegspartei unter dem Grafen Belle-Isle zum rücksichtslosen Kampfe gegen das Kaiserhaus. Sie wollte Österreich verkleinern, die Kaiserkrone den Habsburgern entreißen und so deren Vorherrschaft im Reiche endgültig beseitigen.

Für keinen jedoch war der Tod Karls VI. von größerer Wichtigkeit als für Friedrich II. Nun galt es, langgehegte Pläne in die Tat umzusetzen, Preußen zu vergrößern und seinen eigenen Namen berühmt zu machen. Durch ihn erst wurde der allgemeine Kampf um die österreichische Erbfolge entfesselt. Denn sein Einfall in Schlesien, in Sonderheit sein erster Sieg bei Mollwitz, riß auch die übrigen Gegner Maria Theresias aus ihren Erwägungen und Unterhandlungen. Frankreich und Bayern, das wiederum mit Spanien sich verbündet hatte, entschlossen sich

[1] Über die allgemeinen politischen Verhältnisse bis zum Beginn der Unterhandlung vergl.:

Immich: a. a. O. S. 300—309.

Koser: König Friedrich der Große. Stuttgart und Berlin 1904 Bd. I. S. 20—138.

Hintze: Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1916. S. 323—329.

Arneth: Maria Theresias erste Regierungsjahre. Wien 1863. Bd. I. S. 57 ff.

zum Kriege, und Schweden eröffnete auf Frankreichs Antreiben den Kampf gegen Rußland.

Die Königin hoffte auf die Hilfe der übrigen Staaten, deren Hauptführer England war. Es schien auch zunächst, als ob ihre Erwartungen sich erfüllen würden. Für England war Österreich die Macht, die im britischen Interesse als Gegengewicht gegen Frankreich auf dem Festlande erhalten werden mußte; in dem mächtigen Preußenkönige aber erblickte es eine Gefahr für Hannover; darum traf es, als dieser den Krieg eröffnete, Anstalten, gegen ihn Stellung zu nehmen. Subsidienverträge bestanden schon mit Dänemark und Hessen, nunmehr sollten auch Holland, Sachsen und Rußland zum Bunde gegen ihn vereinigt werden. Von Holland ließ sich erwarten, daß es sich wie stets dem Beispiele Englands anschloß. In Sachsen herrschte ein alter Haß gegen den preußischen Nachbarn, dessen Machterweiterung es fürchtete. Rußlands Mitwirkung war ebenfalls anzunehmen, als dort der preußenfreundliche Minister Münnich gestürzt wurde und der österreichisch gesinnte Minister Ostermann ans Ruder kam. In Verhandlungen in Dresden wurde bereits der Angriff gegen Friedrich und die Teilung der preußischen Grenzlande beraten. Doch trat schon hier zutage, daß die erforderliche Einmütigkeit und der entschlossene Wille zum Vorgehen fehlten. Gerade Englands Bedenken waren immer größer geworden, besonders da es eine Verbindung Frankreichs mit Preußen fürchtete. Am 10. April — es war zufällig am Tage der Schlacht von Mollwitz — trennten sich daher die Gesandten, ohne feste Beschlüsse gefaßt zu haben. Der Sieg selbst nun hatte zur Folge, daß die Verhandlungen auch nicht wieder aufgenommen wurden, der Koalitionsplan also endgültig gescheitert war. Doch glaubte Maria Theresia, die Hilfe ihrer Freunde noch erhalten zu können. Von London und Hannover wurde ihr auch mehrfach Beistand verheißen und noch am 25. Juni vertragsgemäß bewaffnete Unterstützung zugesichert. Aber vollends änderte sich Englands Haltung nach dem Bekanntwerden des preußisch-französischen Bündnisvertrages (5. Juni 1741). Da nunmehr auch noch ein französischer Angriff auf Hannover zu befürchten war, hatte Maria Theresia nichts mehr von ihm zu erhoffen. Sie stand vollständig isoliert einer gefährlichen Koalition gegenüber.

Aus eigenen Kräften aber konnte sie den Feinden nicht widerstehen. Der vor wenigen Jahren geführte polnische Erbfolgekrieg hatte bereits die ganze Schwäche des Staates offenbart; der ihm unmittelbar folgende Türkenkrieg 1736—39 war ebenso unglücklich verlaufen und hatte die Übelstände vermehrt. Der militärische Ruhm, den Prinz Eugen erworben hatte, war dahin, das Heer durch die unglücklichen Kriege zermürbt; die Finanzen waren in schlechtem Zustande. Kein Wunder, daß gleichfalls der neue Krieg nur Niederlagen brachte.

Außer dem jungen Preußenkönige drangen die anderen Gegner siegreich vor. Am 31. Juli begann der Kurfürst von

Bayern die Feindseligkeiten und überfiel Passau; am 15. September hielt er seinen Einzug in Linz, verstärkt durch ein französisches Hilfskorps, das Mitte August über den Rhein gegangen war. Die Einnahme Wiens schien gesichert, da kein Heer zur Verfügung stand, die feindliche Armee aufzuhalten. Die Hilfe der Ungarn, die die Königin zum Kampfe begeisterte, konnte vorläufig nicht in Rechnung gestellt werden; überhaupt kamen bis zum Ende des Jahres kaum einige hundert Mann zusammen.

So war politisch und militärisch die Situation bis Anfang September immer verzweifelter geworden.

Es hatte währenddessen nicht an Einigungsversuchen gefehlt.

Im Einverständnis mit Friedrich II. hatte Lord Hyndford, der englische Gesandte in Breslau, im Mai die Abtretung von Niederschlesien mit Breslau verlangt und dafür die Versprechungen erneuert, die Friedrich schon zu Beginn des Krieges gemacht hatte: die Unterstützung Maria Theresias im Kampf um die Pragmatische Sanktion und die preußische Wahlstimme für den Großherzog Franz. Die Vorschläge waren glatt abgelehnt worden, da man damals noch, oft gegebenen Zusicherungen vertrauend, Englands Hilfeleistung erwartete.

Ferner hatte in Wien der dortige englische Gesandte Robinson seine Vermittlung angeboten. Zweimal war er ins preußische Hauptquartier gereist. Das erste Mal (7. August) hatte er, über seine Instruktion hinausgehend, Geldern, Limburg und Glogau angeboten, das zweite Mal (29. August) einen Teil von Niederschlesien, den Maria Theresia durch einen Strich auf der Karte von Greiffenberg bis Adenau bezeichnet hatte, als Pfandbesitz bis zur Beschaffung eines dem Könige von Preußen angenehmen Äquivalents.

Ein neues Angebot wurde in der höchsten Not am 7. September beschlossen, als der Kurfürst von Bayern auf dem Marsche nach Wien war und zu befürchten stand, daß Friedrich II. in Böhmen einmarschieren und sich mit ihm vereinigen werde. Es gestand ihm Niederschlesien mit Breslau als Eigentum zu.

Nur mit Widerwillen war die Königin auf die Verhandlungen mit Preußen eingegangen; zu ihrer Zufriedenheit waren die beiden durch Robinson übermittelten Angebote abgewiesen worden; zu dem letzten hatte sie, gedrängt durch die gefahrvolle Lage, nur mit schwerem Herzen ihre Zustimmung gegeben.[1]

Entschieden angenehmer waren ihr die Vermittlungen, die eine Verständigung mit Bayern und Frankreich bringen sollten. Mit jenem hatte man durch den Grafen Colloredo und den päpstlichen Nuntius Doria in Frankfurt, durch den Bankier Wertheimber und durch die Kaiserin Amalie verhandelt. Auch hier

[1] Koser: a. a. O. Bd. I. S. 126—129; 146 und 147.
Unzer: Die Konvention von Klein-Schellendorf. Kieler Diss. Frankfurt a. M. 1889 S. 10—18.
Arneth: a. a. O. Bd. I. S. 212—246.

war man Schritt für Schritt in den Zugeständnissen weitergegangen und hatte endlich dem Kurfürsten die österreichischen Niederlande oder die italienischen Besitzungen des Hauses Habsburg, dazu die österreichischen Vorlande (Breisgau, Vorarlberg und österreichisch Schwaben) und die Königswürde versprochen. Frankreich hatte man im August durch den Gesandten von Wasner in Paris Luxemburg angeboten in der Hoffnung, daß auf französische Einwirkung hin der Vergleich mit Bayern zustande komme und die Zustimmung zur Kaiserwahl des Großherzogs Franz, sowie die Garantie der deutschen österreichischen Lande von Frankreich zu erhalten sei. Aber in beiden Fällen war kein günstiges Ergebnis zu verzeichnen.[1]

Es war also bis Anfang September in keiner Weise möglich gewesen, einen der Feinde zum Frieden zu bewegen. Österreich schien verloren, wenn die Gegner die Operationen auf dem Kriegsschauplatze einmütig und tatkräftig fortführten.

Das war die Lage, als durch den Grafen Wied auf eine neue Friedensmöglichkeit aufmerksam gemacht wurde, wiederum wie 1735 zu einer Zeit, als vielfache Anstrengungen zur Wiederherstellung des Friedens umsonst gewesen waren, aber in einem Augenblick weit gefahrdrohender als damals.[2]

Graf Wied stand im Briefwechsel mit dem französischen Marschall Belle-Isle und war auch des öfteren persönlich bei ihm in Frankfurt, wo jener für die Wahl des Kurfürsten von Bayern tätig war. Er kannte dort gleichfalls den böhmischen Wahlgesandten von Brandau und den österreichischen Gesandten von Wucherer. Unterhaltungen, die er während seiner Besuche in Frankfurt mit beiden Teilen über die allgemeine politische Lage hatte, brachten ihn auf den Gedanken, eine neue Friedensvermittlung vorzuschlagen.[3] Da es sich um dieselben Mächte wie 1735 handelte, konnte er annehmen, daß man sich seines damaligen Verdienstes erinnern und auch jetzt auf seine Anregung eingehen werde. Einen besonderen Auftrag von irgend einer Seite hatte er nicht, das zeigen schon seine ersten Schreiben.

Von Neuwied aus unterbreitete er beiden Parteien seine Absicht und hob sehr klug jeder gegenüber den gerade für sie in Betracht kommenden Vorteil seines Planes hervor. Nach Preßburg, wo sich der Hof aufhielt, berichtete er: Es gäbe im gegenwärtigen Augenblick nur eine Möglichkeit der Rettung, nämlich die, Frankreich durch Abtretung der österreichischen Niederlande

---

[1] Arneth: a. a. O. S. 236—239; 328.
Koser: a. a. O. 146 und 147.

[2] Über die Vermittlung:
Koser: Zeitschrift für preuß. Geschichte und Landeskunde, Bd. 17, S. 555.
Arneth: a. a. O. S. 329 und 330.
Grünhagen: Geschichte des 1. Schlesischen Krieges. Gotha 1881, Bd. II, S. 71.
Unzer: a. a. O. S. 46, 72.

[3] W. St. A. Bericht Kochs aus Frankfurt 5. Oktober.

zu gewinnen. Zweck der Vermittlung sei also, durch Aufopferung entfernliegender Gebiete die gesamten deutschen Erblande der Königin zu erhalten. Durch eine Unterhandlung mit Belle=Isle in Frankfurt werde das am besten erreicht werden können. Dieser, gegenwärtig der Vertraute des Kardinals Fleury, sei der Fähigste, auch den König zu gewinnen, außerdem sein alter Freund, so daß er selbst imstande sei, das Werk in die Wege zu leiten. Darum möge man aufs schnellste einen Bevollmächtigten oder Vollmachten nach Frankfurt schicken. So könnten — mit dieser Bemerkung suchte er wie 1735 für seinen Plan Stimmung zu machen — durch einen unparteiischen Unterhändler geheime Verhandlungen geführt werden, ohne daß eine andere Macht sich daran beteilige, die immer einer Seite verdächtig sei und die Angelegenheiten nach ihrem eigenen Interesse dirigiere.[1]

Belle=Isle stellte er in einem Brief vom 8. September die österreichischen Niederlande in Aussicht mit dem besonderen Hinweis darauf, daß Frankreich sie ohne Krieg erhalten könne. Dasselbe Anerbieten machte er 2 Wochen später in Versailles. Aber weder von dort noch von Belle=Isle wurde ihm eine Antwort gegeben. So versprachen von vornherein die Schritte, die nach dieser Richtung unternommen wurden, nichts Gutes.[2]

In Preßburg dagegen fand er das größte Entgegenkommen. Sinzendorff antwortete ihm auf ausdrücklichen Befehl der Königin, der sofort Mitteilung gemacht worden war. Auch dieser letzte Versuch sollte gemacht werden, damit die Königin sich nicht vorzuwerfen brauche, irgend ein Mittel verabsäumt zu haben. Um der Geheimhaltung sicher zu sein, wurde der Hofkriegsrat Ignaz von Koch, der vertraute Sekretär Maria Theresias, nach Frankfurt gesandt mit der Ermächtigung, allein oder in Verbindung mit Herrn von Brandau zu verhandeln und abzuschließen. Anders also wie 1735 griff man diesmal mit Freuden zu. Vielleicht nahm man an, das Eingreifen des Grafen Wied sei wiederum wie 1735 durch Frankreich selbst hervorgerufen.[3] Doch abgesehen davon, warum sollte der hier vorgeschlagene Weg nicht betreten werden, nachdem man selber schon eine Reihe von Versuchen gemacht hatte!

Allerdings verhehlte man sich angesichts der bisherigen diplomatischen Mißerfolge nicht, daß auch das neue Unternehmen auf große Schwierigkeiten stoßen werde. Man zweifelte, ob Frankreich wirklich zu Friedensverhandlungen bereit sei. Darum richtete Sinzendorff an den Grafen die Aufforderung, ihn vor allem von der Aufrichtigkeit dieses Gegners zu überzeugen.[4]

[1] Die über die Vermittlung aus dem N. A. angeführten Schreiben sind mitgeteilt aus dem Aktenstück: Geheime Korrespondenz 1741. N. A. An Sinzendorff und an Bartenstein 31. August. An Großherzog Franz von Toskana 10. September.

[2] N. A. an Belle=Isle 8. September. — An Du Theil in Versailles 25. September.

[3] Arneth: a. a. O. S. 329.

[4] N. A. Sinzendorff an Wied 15. September.

Neue Anerbietungen wurden beschlossen. Nicht mehr wie bisher die Niederlande oder die italienischen Länder, sondern beide zugleich und „pro ultimato" die österreichischen Vorlande sollten an Frankreich zur beliebigen Verteilung unter seine Bundesgenossen hergegeben werden. Ihm selbst war Luxemburg zugedacht. Dafür wurde Hilfe wider Preußen und Unterstützung der Wahl des Großherzogs Franz gefordert.

Um den Wert der Anerbietungen zu kennzeichnen, war Koch beauftragt, folgende Punkte besonders hervorzuheben:

Dadurch daß Frankreich in die Lage versetzt wurde, nach eigenem Ermessen die abzutretenden Länder seinen Bundesgenossen zuzuwenden, stand es in den Augen der Welt als der eigentliche Friedensstifter zugunsten seiner Verbündeten da.

Es bekam — von diesem Angebot versprach man sich großen Nachdruck bei Belle-Isle und dem französischen Hofe — die Feste Luxemburg, ohne Kosten und Mühe aufgewendet zu haben.

Nach Abtretung der genannten Gebiete waren Frankreich und Österreich keine Nachbarn mehr; ein Grund zur Eifersucht zwischen beiden Staaten war also nicht mehr vorhanden, während Frankreich die wachsende Macht Preußens zu fürchten hatte.

Auch auf die Nichtigkeit der preußischen und bayrischen Ansprüche sollte Koch hinweisen und an die Verpflichtung Frankreichs zur Aufrechterhaltung der Pragmatischen Sanktion erinnern.[1]

Und noch ein Moment — dem man eine gewisse Zugkraft beimaß — war nicht vergessen. Wasner, der dieselben Anerbietungen in Paris zu machen hatte, war aufgetragen, bei dem Kardinal das Interesse der gemeinsamen Religion geltend zu machen.[2]

Koch war außerdem noch eine besondere Weisung gegeben, wie er in Frankfurt vorzugehen habe. Man nahm an, daß vor seiner Ankunft die Entscheidung darüber gefallen sei, ob für Österreich in der Frage der Kaiserwahl alle Hoffnung verloren sei oder nicht. Im ersteren Falle sollte er sich an seine Instruktion halten, im zweiten Falle nur auf die Erhaltung der österreichischen Erblande sein Bemühen richten und den Punkt betreffend die Kaiserwahl fallen lassen. Ferner sollte er nicht mit sämtlichen Anerbietungen zu gleicher Zeit herausrücken, sondern die Unterhandlung zunächst nur einleiten mit dem, was Wasner am 30. August in Paris vorgebracht hatte, sie aber nicht abbrechen, falls man sich nicht damit begnügte. Man wollte sich also zunächst noch eine gewisse Verhandlungsfreiheit wahren. Hauptsächlich aber war für dieses zögernde Vorgehen maßgebend, daß die Anfang September von Lord Hyndford bei Friedrich II. eingeleitete Vermittlung noch im Gange war. Ein Ausgang dieser Verhandlungen stand, als die in Frankfurt aufgenommen wurden, nach der einen oder anderen Seite bevor. Infolgedessen sollte Koch, um die Nachricht hiervon abwarten zu können, schrittweise in

[1] W. St. A. Instruktion für Koch 15. September.
[2] W. St. A. Weisung an Wasner 15. September.

seinen Anerbietungen vorgehen und erst, wenn ihm wenige Tage nach seiner Ankunft in Frankfurt eine Botschaft über den Frieden mit Preußen noch nicht zugekommen sei, mit allem hervortreten, was die Instruktion ihm erlaube.[1] Man glaubte also, zunächst mit Friedrich II. zum Ziele zu kommen. Darum hielt man es für unnötig und nicht ratsam, Frankreich sofort solche weitgehenden Zugeständnisse zu machen.[2]

Graf Wied hatte die Zustimmung Sinzendorffs am 22. September in den Händen.[3] Nun hätte man erwarten sollen, daß er seine ganze Kraft einsetzen würde, die Vermittlung zu fördern. Das tat er jedoch nicht. Er machte wohl, wie schon erwähnt, seinen Vorschlag auch in Versailles bekannt (25. September), bei Belle-Isle aber unternahm er nichts mehr; er zeigte ihm nicht einmal an, daß Österreich die Vermittlung angenommen habe, viel weniger versuchte er, in persönlichen Besprechungen dem Unterhändler die Wege zu ebnen.[4]

In weitgehendem Maße bestimmten ihn dabei finanzielle Gründe. Die Vermittlung sollte ihm bei seinen schlechten finanziellen Verhältnissen unter keinen Umständen irgendwelche Unkosten verursachen. Er erklärte, er könne der Ausgaben wegen nicht nach Frankfurt gehen, auf seine Mitarbeit sei nur zu rechnen, wenn ihm eine angemessene Entschädigung sicher sei. Sinzendorff verhieß ihm die Anerkennung der Königin im Falle des Erfolges, aber mit allgemeinen Versprechungen gab er sich nicht zufrieden. Vorsichtig gemacht durch die Erfahrungen beim Friedensschluß von 1738 — woran er mit einem gewissen Groll erinnert — wünschte er vorher „positive und detaillierte Sicherheiten". Es war ihm also vor allem um eine namhafte Belohnung zu tun. Nicht auf das Werk selbst, sondern auf den eigenen Gewinn kam es ihm in erster Linie an.[5]

Um so weniger war er bereit, persönliche Opfer zu bringen, da sich die Aussichten, zu einer Verständigung zu kommen, inzwischen bedeutend verschlechtert hatten. Die politische Lage hatte sich noch mehr zu Österreichs Ungunsten gewandelt. Köln, Mainz, Trier, Sachsen und Hannover hatten sich wie schon vorher Pfalz und Preußen für die Wahl des Kurfürsten von Bayern erklärt. Sachsen und Bayern hatten sich unter Zustimmung Frankreichs am 19. September in Frankfurt über die Eroberung österreichischer Gebiete verständigt.[6] Noch größer war also die Zahl der Gegner Maria Theresias geworden, und Frankreich war durch neue Verpflichtungen an sie gebunden. Schwierigkeiten waren damit ent-

[1] W. St. A. Anhang zur Instruktion Kochs.
Unzer: a. a. O. S. 46.
[2] W. St. A. Instruktion für Koch vom 15. September.
[3] W. St. A. Wied an von Wucherer 22. September.
[4] W. St. A. Bericht Kochs vom 5. Oktober.
[5] N. A. Wied an Wucherer 22. September. Wied an Brandau 23. September. Wied an Sinzendorff 24. September.
W. St. A. Bericht Kochs vom 5. Oktober.
[6] Koser: a. a. O. S. 137/38. Immich: a. a. O. S. 308.

standen, wie sie noch nicht vorgelegen hatten in dem Augenblick, als Wied mit seinen Eröffnungen hervorgetreten war. Er nahm infolgedessen an, daß es für die Vermittlung wahrscheinlich zu spät sei.[1]

Vor allem aber sah er sich jetzt und in der Folgezeit im eigenen Interesse gezwungen, auf die Verbindung Frankreichs und der bedeutendsten Reichsfürsten Rücksicht zu nehmen. Er fürchtete, sich selbst zu gefährden, wenn er ihren politischen Zielen entgegenarbeitete. Wie leicht konnten sie ihn, den machtlosen Grafen, durch Einquartierung und Kontribution schädigen, wenn er von ihnen als Parteimann Österreichs angesehen wurde! Gerade den umwohnenden Kurfürsten traute er nicht, ein Grund mehr, sich die Freundschaft Belle-Isles, dessen Einfluß auf die deutschen Fürsten groß war, nicht durch Maßnahmen zu verscherzen, die ihm vielleicht mißfielen.[2]

Auch im Hinblick auf Preußen mögen ihm Bedenken gekommen sein, ob er recht daran tue, eine österreichisch-französische Verständigung zu fördern. Wiederholt nämlich erkundigte er sich nach dem Stande der Verhandlungen zwischen ihm und Österreich und bot sich selbst als Vermittler an mit dem Bemerken, daß ihm ein solcher Auftrag am liebsten wäre.[3] Mit dem Herzen schien er also auf Friedrichs Seite zu sein. Dadurch wurde seine innere Stellungnahme zur Frankfurter Vermittlung noch verwickelter. Überhaupt hatte er sich in eine recht schiefe Lage gebracht; er hatte die Vermittlung angeregt, sah sich aber wegen mancherlei Bedenken außerstande, für sie einzutreten. Darum unternahm er auch trotz der zustimmenden Antwort Sinzendorffs nichts, sondern wartete auf die Ankunft des Unterhändlers.

Bei Bartenstein und Brandau erkundigte er sich über Kochs Verbleiben und drang darauf, daß dieser, ehe die Verhandlungen aufgenommen würden, incognito nach Neuwied käme, um sich zunächst mündlich mit ihm zu beraten.[4] Es war ihm also

---

[1] W. St. A. Wied an Wucherer 22. September.
Bericht Kochs vom 5. Oktober.
Antwort auf Kochs Bericht vom 9. Oktober. Darin wird zugegeben, daß „durch die Chur Maynzische und Chur Hannoverische überrumpelungen“ alles weit beschwerlicher geworden sei als zu der Zeit, da der Graf von Wied die erste Eröffnung getan, wie dieser nicht ohne Grund anmerke.
N. A. Wied an Sinzendorff 12. Oktober.

[2] N. A. Wied an Sinzendorff 12. Oktober, er sei von jeder Seite benachrichtigt, daß er ein großes Spiel spiele, im Interesse Österreichs zu sein.
W. St. A. Bericht Kochs vom 5. Oktober.
Schreiben Kochs vom 20. Oktober. Darin urteilt er über Wied: „Ein Mann, den ich zwar im Herzen guth gesinnet glaube, der jedoch aus Rücksicht auf Frankreich, Bayern und die umliegenden Kurfürsten, um sich keine Verdrießlichkeiten auf den Hals zu ziehen, mit vieler behutsamkeit zu Werke gehen muß.“

[3] N. A. Wied an Sinzendorff 24. Sept. Wied an Bartenstein 1. Oktober.
W. St. A. Bericht Kochs vom 5. Oktober.

[4] N. A. Wied an Brandau 23. September. Wied an Bartenstein 1. Oktober.
W. St. A. Bericht Kochs vom 5. Oktober.

daran gelegen, nicht ganz ausgeschaltet zu werden, vielmehr wollte er, sicherlich um seine finanziellen Forderungen stellen zu können, mit der österreichischen Seite in Fühlung bleiben.

Koch kam am 1. Oktober in Frankfurt an, nachdem er zu seiner Reise 8 Tage länger gebraucht hatte, als beabsichtigt war. Um keinen voreiligen Schritt zu tun, begab er sich mit Herrn von Brandau nach Neuwied, wo sie am 2. Oktober morgens eintrafen. War Koch schon erstaunt gewesen, Friedrich Alexander in Frankfurt nicht vorzufinden, so mußte er nun zu seiner Verwunderung erfahren, daß die Angelegenheit bei Belle-Jsle weit weniger vorbereitet war, als man in Wien vermutet hatte. Auch darüber war er überrascht, daß es dem Grafen hauptsächlich auf die Geldfrage ankam. Noch mehr aber stieg sein Befremden, als ihn dieser nach dem Vergleich mit Preußen fragte und er erfuhr, daß Wied in die Dienste des Königs habe eintreten wollen. Da er außerdem in Neuwied einen preußischen Offizier vorfand, wurde er mißtrauisch. Er schöpfte den Verdacht, daß der Graf mit Belle-Jsle oder Friedrich II. in Verbindung stehe. Das war zwar nicht der Fall, aber der Argwohn beeinflußte Koch so sehr, daß er über seine Sendung und die allgemeine Lage nicht mehr als unbedingt nötig und besonders über Preußen mit Behutsamkeit sprach. Endlich stellte er den Grafen vor die Entscheidung, ob er ihn überhaupt unterstützen wolle oder nicht, und erreichte so, daß dieser ihn nach Frankfurt begleitete.[1]

Hier kam es zwischen beiden zu erregten Auseinandersetzungen. Wied, der wohl, ehe man zu Belle-Jsle ging, über Kochs Auftrag genau informiert sein wollte, aber auch jetzt noch bei ihm eine gewisse Zurückhaltung bemerkt haben mag, beschwerte sich über sein Mißtrauen, dieser darüber, daß er die Angelegenheit nicht besser vorbereitet fände.[2]

Am folgenden Tage nun fand die erste Zusammenkunft mit Belle-Jsle statt. An einer kleinen versteckten Pforte wurden sie von einem Diener empfangen, der sie, nach Erkennung des Grafen, auf einer verborgenen Treppe in das Kabinett des Marschalls führte. Dieser war auf Kochs Kommen schon vorbereitet. Fleury, dem durch Wasner die österreichischen Anerbietungen bereits bekannt waren, hatte ihn unterrichtet. Er verlangte nun, wie der Kardinal ihm aufgetragen, daß ihm die Vorschläge schriftlich überbracht würden, damit er sie nach Paris sende. Zur Sache selbst erklärte er, Frankreich nehme Anstoß an den vielen Verhandlungen Österreichs, die Königin müsse endlich zum Abschluß kommen, da sonst die Friedensbedingungen immer schwerer würden.[3]

Nach dieser Zusammenkunft hatte Graf Wied mit beiden Teilen gesondert noch längere Unterredungen. Sie zeigten ihm

[1] W. St. A. Bericht Kochs vom 5. Oktober.
Koch an die Königin 5. Oktober.
[2] N. A. und W. St. A. Wied an Sinzendorff 6. Oktober.
[3] W. St. A. Kochs Bericht vom 9. Oktober.

klar, daß der Friede überhaupt nicht oder doch nur nach langen, schwierigen Verhandlungen zustande kommen konnte. Es war keine Überraschung für ihn. Seine Zweifel hatte er ja schon im September geäußert und auch Koch gegenüber ausgesprochen. Nun, wo er sie bestätigt fand, konnte ihm noch weniger daran gelegen sein, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Mußten nicht die Gründe, die ihm bisher Zurückhaltung auferlegt hatten, nun erst recht für ihn gelten: Das Risiko, Opfer zu bringen und im Falle des Nichterfolges keine Vergütung zu erhalten, und die Befürchtung, sich Frankreich und seine Verbündeten zu verfeinden, besonders nachdem er über die ablehnende Haltung Belle-Isles unterrichtet war? Da er sich außerdem durch Kochs Verhalten gekränkt fühlte, reiste er von Frankfurt ab (9. Oktober), versprach jedoch wiederzukehren, wenn Koch ihn zurückrufe und seiner bedürfe. Er unterließ es aber nicht, sich über dessen Mißtrauen bei Sinzendorff zu beklagen; er habe gemerkt, daß er dem Unterhändler lästig sei, er sei in seine Aufträge und Geheimnisse nicht eingeweiht und könne deshalb in der Angelegenheit nichts nützen. Sinzendorff suchte ihn zu beschwichtigen und seine Ansicht über Koch als unbegründet hinzustellen, aber im geheimen wurde Kochs Betragen gebilligt und ihm besonders in den Angelegenheiten, die Preußen betrafen, Vorsicht empfohlen.[1]

Koch setzte die Besprechungen mit Belle-Isle ohne den Grafen Wied fort. Er hatte eigentlich — wie ihm befohlen — schrittweise mit seinen Anträgen vorgehen wollen, aber auch er hatte schon am Tage vor der ersten Verhandlung von Wasner erfahren, daß der Gesandte die gesamten Anerbietungen bei Fleury vorgebracht hatte. Wasner hatte seiner Instruktion gemäß gehandelt, war zudem überzeugt, daß durch geringere Opfer nichts zu erreichen sei, und hatte darum keine Zeit verlieren wollen. Da also die Vorschläge in ihrer Gesamtheit Frankreich bekannt waren, entschloß sich auch Koch, nicht weniger anzutragen. Er überbrachte Belle-Isle am nächsten Abend das verlangte Schriftstück und hatte zwei weitere Unterredungen mit ihm am 12. und 19. Oktober, in denen er seine Sache mit Geschick vertrat. Indessen, wie Wasner mit den Zugeständnissen nicht den geringsten Eindruck auf Fleury gemacht hatte, so stießen ebenfalls seine Vorstellungen bei Belle-Isle auf völlige Ablehnung. Vor allem die Punkte, auf die es Österreich ankam: Hilfe wider Preußen und Beistand bei der Kaiserwahl, wies dieser entschieden zurück. Er rühmte sich sogar, daß er sein Möglichstes tun werde, den König von Preußen in den Besitz von Niederschlesien zu bringen und dem Kurfürsten von Bayern die Kaiserkrone zu verschaffen. Eine Prüfung der Rechtsfrage lehnte er ab. Auch eine Verpflichtung Frankreichs zur Aufrechterhaltung der Pragmatischen Sanktion wollte er nicht anerkennen, da alle Mächte die Garantie gegeben hätten, keine aber in der Absicht, sie zu erfüllen. Er erklärte

[1] N. A. Wied an Sinzendorff 12. Oktober.
W. St. A. Antwort Sinzendorffs auf Kochs Bericht vom 9. Oktober.

unumwunden, daß die Anerbietungen nicht genügten, sondern noch Böhmen und Schlesien herausgegeben werden müßten. Denn Frankreich wünsche, während es selbst nichts verlange, seine Bundesgenossen restlos zu befriedigen, wie es in den allseitig getroffenen Abmachungen festgelegt sei. Aus allen seinen Worten sprach die feste Zuversicht, daß der Königin bei der Einigkeit und Überlegenheit der Verbündeten keine andere Wahl bleiben werde, als entweder jetzt oder in kurzem alle Bedingungen anzunehmen. Nur die wachsende Macht Preußens — so empfand Koch — war ihm unangenehm, doch rechnete er deswegen nicht auf eine Änderung seiner Anschauungen. Er erkannte vielmehr, daß von Belle-Isle nichts zu erwarten war. Die Verbindung der Feinde schien so fest gefügt zu sein, daß eine Trennung als aussichtslos angesehen werden mußte, und Koch hatte den Eindruck, daß die vielen Unterhandlungen, die man mit Frankreich, Preußen und Bayern führte, und die diese Mächte sich gegenseitig mitteilten, die Gegner nur noch einiger machten. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Kaiserkrone verloren sei und die deutschen Erblande unversehrt nicht erhalten werden könnten, daß man also den Frieden annehmen müsse, wie ihn Frankreich wünsche. Es blieb ihm nur noch übrig, die offizielle Antwort aus Paris abzuwarten.[1]

Während dieser Besprechungen mit Belle-Isle erschien Graf Wied noch einmal in Frankfurt und zwar am 18. Oktober, anscheinend zufällig, nicht von Koch gebeten. Dieser suchte ihn zu neuer Tätigkeit anzuspornen, indem er ihm aus einem kaiserlichen Schreiben den Satz vorlas, Graf Wied könne vor allem auf eine große Belohnung hoffen, wenn er in der Frage der Kaiserwahl etwas Gedeihliches leiste. Dazu erklärte er sich bereit, und beide berieten, welches Hindernis sie der Wahl in den Weg legen könnten, um Zeit zu gewinnen. Sie kamen auf den Gedanken, ob nicht König August von Sachsen-Polen, der ja wie der Kurfürst von Bayern Ansprüche erhoben hatte, zu bewegen sei, für sich die Kaiserkrone zu erstreben. Wied unternahm es, den polnischen Gesandten in Frankfurt zu befragen. Aber es wurde ihm erklärt, der König denke jetzt nicht mehr daran. Nach diesem erfolglosen Bemühen reiste er tags darauf wieder ab, da er notwendig nach Neuwied müsse, erbot sich aber, wie beim vorigen Male, so oft Koch es verlange, von dort zurückzukommen.[2]

Inzwischen schien der österreichische Wunsch, nach einer Seite Frieden zu erhalten in Erfüllung gegangen zu sein. Die schon erwähnten Verhandlungen mit Friedrich II. führten am 9. Oktober zum Abkommen von Klein Schnellendorf. Die erste Nachricht von dem Abschlusse traf am Abend des 13. in Preßburg ein.[3] Am 14 wurde Koch davon in Kenntnis gesetzt; es wurde ihm Schweigen auferlegt und befohlen, die Unterhandlung mit Belle-Isle unter irgend einem Anlasse abzubrechen.[4]

[1] W. St. A. Berichte Kochs vom 9., 14. und 19. Oktober.
[2] W. St. A. Bericht Kochs vom 20. Oktober.
[3] Unzer: a. a. O. S. 71.
[4] W. St. A. Maria Theresia an Koch 14. Oktober.

Das Schreiben vom 14. läßt erkennen, daß man glaubte, infolge der Übereinkunft mit Preußen sei eine solche mit Frankreich nun nicht mehr nötig. Eine davon verschiedene Bewertung der Verständigung mit Friedrich II. und Weisungen ganz anderer Art dagegen enthielt die nächste Mitteilung an Koch vom 26. Oktober.

Das Abkommen von Klein-Schnellendorf bedeutete keinen eigentlichen Friedensschluß, sondern war eine vorläufige mündliche Vereinbarung, die einen definitiven Frieden für Ende Dezember in Aussicht nahm. Friedrich II. hatte einen schriftlichen Vertrag abgelehnt und die strengste Geheimhaltung zur Pflicht gemacht, andernfalls er den Vergleich für gebrochen ansehen werde. Abgesehen von den Hauptpunkten (Abtretung von Niederschlesien mit Breslau und Übergabe der Festung Neiße, Zulassung preußischer Winterquartiere in Oberschlesien, freier Abzug des österreichischen Heeres nach Süden und Fortführung des Krieges zum Schein) war eine vollständige Regelung aller einschlägigen Fragen nicht erfolgt, vielmehr die Entscheidung dem endgültigen Friedensschlusse vorbehalten worden.[1]

Diesen provisorischen Charakter der Abmachung hob das Schreiben vom 26. hervor und betonte die Bedenken, die man gegen sie hatte. Man war dessen nicht gewiß, ob der Gegner sich an die getroffenen Verabredungen halten und seine Versprechungen erfüllen werde. Darum wollte man sich die Möglichkeit, mit Frankreich übereinzukommen, noch offen halten, und Koch wurde nunmehr entgegen der Ordre vom 14. befohlen, die Unterhandlung nicht unter allen Umständen aufzugeben.

Maßgebend für ihn sollte das Verhalten der preußischen Wahlbotschaft sein. „Würde auffrichtig" — so wurde ihm gemeldet — „und wie es die vermög Hindfordischen acts wieder hergestellte freundschafft mit Preußen erheischet, von dessen wahl Botschafftern insgeheim zu werck gegangen," sollten die Verhandlungen eingestellt, im anderen Falle jedoch fortgesetzt werden.

Noch andere in demselben Schreiben unmittelbar folgende Anordnungen gaben Koch Vollmacht, gegebenenfalls die Vermittlung weiterzuführen.[2] Man nahm als selbstverständlich an, daß er, wenn die Antwort aus Paris günstig gelautet habe, bereits zum Abschlusse geschritten sei. Hingegen, wenn sie, wie eher anzunehmen, ablehnend sei, sollte er, wofern es auf die Anweisung vom 14. hin noch nicht geschehen, Belle-Isle seine Abreise ankündigen. Würde aber dieser dann noch einmal mit ihm anzubinden versuchen, sollte er sich dem nicht entziehen und darauf verzichten, daß positive Hilfe gegen Preußen geleistet werde und in betreff der Kaiserwahl nur die Bedingung stellen, daß die Wahl denen, die sich Hoffnung darauf machten, frei verbliebe, also Frankreich auf sie keinen Einfluß ausübe. Würde man auf Grund dieser

[1] Unzer: a. a. O. S. 60—64, 67.
[2] Bei Grünhagen a. a. O. II, 71 nur der Hinweis auf den Auftrag die preußische Wahlbotschaft betreffend.

letzten Vorschläge einig, wurde an Koch geschrieben, „so könnte nicht rathsam seyn, ein unvollkommenes werck dem gäntzlichen schluß eines anderen vorzuziehen, mithin hättest du diesen schluß nicht zu verschieben".

Dieser Befehl an Koch stand dem vorher geäußerten, sich nach dem Verhalten der preußischen Wahlbotschaft zu richten, geradezu entgegen. Es wurde in ihm überhaupt nicht mehr das neue Verhältnis zu Friedrich II. beachtet, sondern der direkte Auftrag zum Abschlusse mit Frankreich gegeben. Unzweideutig sprach Österreich den Entschluß aus, wenn es ihm nur durch jenes möglich gemacht wurde, hier den Frieden anzunehmen, weil ihm dieser dann gewiß war, während der mit Preußen noch erst zu regeln und im ganzen zweifelhaft war.

Zwar lag es nicht in seiner Absicht, den Vertrag von Klein-Schnellendorf ohne weiteres preiszugeben. Es wollte, wie Koch mitgeteilt wurde, die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen und das Geheimnis wahren, denn auch nach dieser Richtung hin sollte die Friedensaussicht nicht versperrt werden. Aber — das drückt das Schreiben vom 26. im Gegensatz zu dem vom 14. aus — das Abkommen war ihm nicht sicher genug und besaß nicht mehr den Wert, daß daraufhin die Verhandlung in Frankfurt aufgegeben werden mußte.

Indem so Österreich am 26. Oktober den Fortgang der dortigen Vermittlung verfügte, bekundete es, daß es über das Abkommen von Klein-Schnellendorf sich hinwegzusetzen gewillt war. Es war bereit, Abmachungen einzugehen, die mit diesem nicht in Einklang zu bringen waren. Denn der Friede mit Frankreich sollte ihm den weiteren Kampf gegen Preußen ermöglichen oder, wie in der Instruktion für Koch angegeben und in der Mitteilung vom 26. noch einmal festgestellt war, die gesamten deutschen Erblande, ganz Schlesien einbegriffen, mit alleiniger Ausnahme der Vorlande sicherstellen.

Die Aufträge vom 26. haben aber für die Verhandlung in Frankfurt keine Bedeutung mehr gehabt. In der Nacht vom 20. zum 21. erhielt Koch den Befehl vom 14., ungefähr gleichzeitig war die Antwort aus Paris gekommen. Am 22. wurde sie ihm von Belle-Isle übergeben. Mit denselben Gründen, wie der Marschall es getan hatte, wurde der Friede abgelehnt. Darauf brach Koch die Unterhandlung ab, seine Sendung war vergebens gewesen.[1]

Nach seiner Abreise kam auch Graf Wied wieder an. Koch hatte ihn gerufen, um ihn noch einmal zu Belle-Isle zu schicken. Ein Schreiben, das der österreichische Unterhändler für ihn zurückgelassen, unterrichtete ihn über den Ausgang.[2]

Gleichwohl ließ er den Gedanken, eine Friedensvermittlung zustande zu bringen, noch nicht fallen. Ende 1741 wandte er sich abermals an Sinzendorff, und für ihn zu derselben Zeit der Graf

[1] W. St. A. Koch an die Königin 22. Oktober.
Bericht Kochs an den Großherzog, Preßburg 10. November.

[2] N. A. Koch an Wied, 20. Oktober.
W. St. A. Wied an Sinzendorff 28. Oktober.

von Wied-Runkel an den Großherzog Franz. In einer Ministerkonferenz wurde über ihre Schreiben, deren Inhalt uns unbekannt ist, verhandelt, aber infolge der schlechten Erfahrungen, die man mit den bisherigen Friedensvorschlägen gemacht hatte, wurde es abgelehnt, auf diese Eröffnungen einzugehen und neue Anträge zu stellen.[1]

Ein Jahr später bat er seinen Verwandten, den Grafen Dohna, den Friedrich II. eben als Gesandten nach Wien geschickt hatte,[2] ihm die Gelegenheit zu einer Friedensvermittlung zu verschaffen. Als dieser ablehnte,[3] versuchte er es wieder bei Belle-Isle, zuerst mit der Bitte, ihm einen Plan vorzuzeichnen, dann mit einem selbstentworfenen, nicht erhaltenen Plane und dem Vorschlage, ihn nach Belieben zu ändern oder einen neuen aufzusetzen. Auch hier hatte er kein Glück.[4]

Kein anderer Grund hat den Anlaß zu diesen fortgesetzten Bemühungen gegeben als der, der ihn auch die Frankfurter Vermittlung hatte anregen lassen. Nicht aus Eitelkeit oder Pläsir — bekannte er selbst — gebe er sich damit ab, sondern um etwas zu gewinnen, seine Schulden zu bezahlen.[5] Dieses Geständnis ist der Schlüssel zu seiner ganzen Politik im Anfang der vierziger Jahre. Nicht ein besonderes politisches Ziel hatte er im Auge, nicht einer bestimmten Partei bot er sich an, ihr zu dienen. Mochte er auch für Friedrich II. und seinen Staat eine gewisse Vorliebe besitzen, nichts läßt darauf schließen, daß er etwa in preußischem Interesse handeln wollte. Als ob die Streitfragen selbst ihn nicht berührten, ging er die verschiedensten Stellen an, um eine Vermittlung irgend welcher Art herbeizuführen. Nichts deutet auch darauf hin, daß persönlicher Ehrgeiz ihn drängte, sich in der Politik wieder hervorzutun wie 1735 und so seinem ersten Ruhme neuen hinzuzufügen. Er wollte nur, wie er es schon bei der Vermittlung 1735/38 versucht hatte, die in der politischen Situation liegenden Möglichkeiten zum eigenen Vorteil ausnutzen. Dieser materielle Gesichtspunkt war also in diesen Jahren der Antrieb für seine politischen Unternehmungen.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich aus seiner weiteren Politik. Nicht der persönliche Nutzen, ein höheres Prinzip beherrschte sie. In entschlossenem Kampfe stand er nun für bestimmte politische Ideen ein. Ein beachtenswerter Aufstieg, was die Motive und die Art seiner politischen Betätigung betrifft. Das zeigte sich zunächst in seiner inneren Reichspolitik. Als Direktor des niederrheinisch-westfälischen Grafenkollegiums stritt er für die Rechte und Freiheiten des Grafenstandes und geriet dadurch in scharfen Gegensatz zum Kaiser.

[1] W. St. A. Konferenzprotokoll vom 14. Dezember 1741.
[2] Ranke: Zwölf Bücher preußischer Geschichte, Leipz. 1879. Bd. V, S. 27
[3] N. A. Korrespondenz 1740—43. An Graf Dohna in Wien 6. Dezember 1742; Graf Dohna an Wied 2. Januar 1743.
[4] N. A. Korrespondenz 1740—43. An Belle-Isle 6 .und 25. Februar 1743.
[5] N. A. Korrespondenz 1740—43. An Gräfin Dohna 6. Dezember 1742.

III. Gegensatz zum Wiener Hofe im Streit um das „Don gratuit".

Zum Kampf gegen die kaiserliche Regierung sah sich Friedrich Alexander veranlaßt, als von 1741 ab an den Grafenstand die Aufforderung gerichtet wurde, den Kaisern bei ihrer Krönung ein freiwilliges Geschenk anzubieten.[1]

Im Jahre 1711 war Karl VI. zum ersten Male ein solches „Don gratuit" gegeben worden. Direktoren und Mitglieder der vier gräflichen Kollegien, des niederrheinisch-westfälischen, des wetterauischen, fränkischen und schwäbischen, kamen damals in Frankfurt zusammen, um über allgemeine Angelegenheiten des Grafenstandes, über Beschwerden, Wünsche und gegenseitigen Beistand, zu sprechen. Sie verabredeten, zu Gunsten einer besseren Vertretung der gräflichen Interessen 100 000 Reichstaler aufzubringen. Außerdem wurde beschlossen, von jedem Kollegium einen Abgesandten dem nach Frankfurt zur Wahl und Krönung reisenden Kaiser zur Begrüßung entgegenzuschicken. In Innsbruck, wo die Abgesandten mit ihm zusammentrafen, riet ihnen der Reichsvizekanzler Graf von Schönborn, die 100 000 Reichstaler in der Weise zum allgemeinen Besten des Grafenstandes zu verwenden, daß man sie dem Kaiser anbiete, um dafür von ihm die Beseitigung der in Frankfurt besprochenen Beschwerden zu erlangen. Die Gesandten folgten seinem Rat und fügten zunächst ihrem Glückwunsche eine allgemeine Bemerkung über eine in Aussicht stehende „reale" Bezeugung ihrer guten Gesinnung hinzu. In Frankfurt wurden dann die 100 000 Reichstaler dem Kaiser angeboten, gleichzeitig ihm die gräflichen Wünsche überreicht und ihre Abstellung von jenem zugesagt. Hier wie in Innsbruck aber wurde von dem Reichsvizekanzler wie von den Grafen betont, daß es sich um ein einmaliges, freiwilliges Angebot handle und kein Präzedenzfall geschaffen werden solle.[2]

Daher kamen nach dem Tode Karls VI. auf einem Grafentag zu Frankfurt 1741 die Kollegien überein, nicht wieder wie 1711 dem neuen Kaiser ein Geschenk darzubieten, das damals nicht als direktes Krönungsgeschenk, sondern nur ganz besonderer Umstände halber gemacht worden sei, nämlich in der Absicht und Erwartung, als Gegenleistung die Befriedigung ihrer Forderungen

[1] Die im folgenden angeführten Belege sind entnommen der „Korrespondenz über das geforderte Don gratuit und seine Verweigerung" 1745 bis 1747. N. A.

[2] Pro memoria des Rats Scheffer-Neuwied.

zu erlangen. Diesem Entschluß zuwider wurde jedoch von einigen der Mitglieder aus den vier Kollegien aus „privater Absicht“ dem Kaiser die Stellung eines Regimentes versprochen. Infolgedessen glaubten auch die übrigen, sich der Bewilligung nicht entziehen zu können, und schlossen sich notgedrungen dem Anerbieten an. Wie ungern man sich dazu entschloß, und wie schwer man diesen Schritt empfand, zeigen z. B. die einmütigen Verabredungen und Beschlüsse des fränkischen Kollegiums auf den Grafentagen zu Künzelsau und Wertheim, zu keinem dergleichen „Don gratuit“ irgend welcher Art mehr seine Zustimmung zu geben.[1]

Das war durchaus folgerichtig gedacht, denn wenn öfter ein solches freiwilliges Geschenk gemacht wurde, konnte es nicht auf einmal wieder verweigert werden. Was zuerst Freiwilligkeit gewesen war, wurde zuletzt Gewohnheit und Pflicht. Das erkannten die Kollegien wohl und mußten um so mehr zu dieser Auffassung kommen, als schon der Reichsritterschaft die Verpflichtung einer Dotation für den gewählten Kaiser oblag. Es ist darum selbstverständlich, daß die Reichsgrafen in der Leistung des „Don gratuit“ eine Beeinträchtigung ihrer ständischen Freiheit sahen und ihr Widerstand immer größer wurde.

1745 bei der Wahl Franz I. galt es erneut, zu der Frage Stellung zu nehmen. Hier stand der Graf von Wied in der ersten Reihe der Opposition. 1741 schon war er gegen das „Don gratuit“ aufgetreten. Noch tatkräftiger tat er es jetzt. Er erkannte klar die Bedeutung des Augenblicks. Wenn diesmal nachgegeben werde, so war sein Urteil, sei das „Präjudiz“ für immer festgestellt. Darum wies er den Comitialgesandten von Pistorius an, bei jeder Gelegenheit sich grundsätzlich dagegen auszusprechen; er sollte keine Ausflüchte machen, nicht z. B. Armut der Untertanen vorschützen, sondern seinen Widerspruch allein damit begründen, daß ein Präzedenzfall geschaffen werde. Das war eine Anweisung, die von ihm persönlich ausging, ohne daß schon ein Beschluß eines westfälischen Grafentages vorlag. Allerdings gestand er sich, daß eine von diesem in entgegengesetztem Sinne getroffene Entscheidung auch ihn binden müsse, „vielleicht geschieht es auch,“ schreibt er, „denn die wahren Sentiments haben selten fortgang“.[2] Er ging noch weiter. Er begnügte sich nicht damit, seine eigene Auffassung entschieden zum Ausdruck zu bringen, sondern er forderte die Direktoren der übrigen Kollegien zu einmütigem Zusammenhalten auf. Der für ihn maßgebende Gesichtspunkt dabei war, die Ehre und das Ansehen des Grafenstandes zu wahren. Auf eine Geldabgabe oder Rekrutenstellung an sich kam es ihm nicht an. Er war wohl damit einverstanden, daß sie dem Kaiser in „realer Weise“ Ehrerbietung erwiesen, aber daraus sollte nicht eine Verpflichtung entstehen, der immer wieder bei der Wahl

---

[1] Wied an Pistorius Juli 1745.
Pistorius an Graf Windisch-Grätz 14. Februar 1746.

[2] Wied an Pistorius 10. September 1745.

eines neuen Kaisers nachzukommen wäre. Darum empfahl er mündlich und schriftlich, als die Kaiserwahl 1745 bevorstand, mit den kaiserlichen Räten in Verbindung zu treten, um zu verhindern, daß die Frage des „Don gratuit" überhaupt aufgeworfen würde, und außerdem verlangte er, daß der Name „Don gratuit", „der an sich schon hinreichend den Reichs Grafen Stand mit der Judenschaft auf gleiche Stufe stellt," gänzlich vermieden würde.[1] Immer wieder sprach er im weiteren Verlauf der Korrespondenz den Gedanken aus, die Kollegien müßten sich erst überlegen, wie man dem kaiserlichen Ansinnen zuvorkäme; sei ein Beschluß gefaßt, müsse man unter allen Umständen festbleiben, und niemand dürfe sich wieder eigenmächtig zu einem Anerbieten hergeben.[2] Er war sich der Unannehmlichkeiten, die der Widerstand gegen die kaiserliche Forderung mit sich bringen würde, wohl bewußt, kaiserliche Ungnade würde die Folge sein. Und doch stand ihm die Sache selbst, das Prinzip höher als die Rücksichtnahme auf die eigene Person. Das gab ihm Mut und Selbstbewußtsein. „Der Verdruß ist in solchen Sachen vor nichts zu rechnen. So lange man lebt, hat man Verdruß. Es muß gewagt seyn. Mancher Berg läßt sich übersteigen. Ein schlechter Soldat, welcher die Gefahr scheuet."[3]

Sein Rat, vorbereitende Schritte zur Abwehr der kaiserlichen Forderung zu tun, wurde nicht befolgt. Er war darum nicht erstaunt, als Ende 1745 der Reichsvizekanzler Graf Colloredo die Kollegien mahnte und zur Leistung des „Don gratuit" aufforderte. Das westfälische Kollegium, dessen Entschließung er dem Grafen Colloredo mitteilte, lehnte das „Don gratuit" in höflichen Worten ab, in einem Nachschreiben aber wurde eröffnet, es werde eine besondere Gesandtschaft nach Wien geschickt, die die Wünsche des Kollegiums, den Grafenstand betreffend, vorbringen und eine Gegenleistung in Aussicht stellen werde. Auf diese Weise sollte das „Don gratuit" umgangen, dem Kaiser doch eine Ehrengabe übermittelt und ein Beweis treuer Gesinnung gegeben werden. Wied selbst wollte durch Privatkorrespondenz an maßgebende Persönlichkeiten in Wien für diesen Plan dort Stimmung machen.[4] Das wetterauische und fränkische Kollegium waren ebenfalls für einmütiges Zusammengehen und Ablehnung, waren aber auch geneigt, in anderer Form und bei anderer Gelegenheit dem Kaiser ihre ergebene Gesinnung durch die Tat zu bezeugen.[5] Das schwäbische Kollegium dagegen beschloß auf einem Grafentage zu Memmingen am 23. Dezember 1745, ein „Don

[1] Wied an das fränkische Kollegium 14. Januar 1746.

[2] Wied an Pistorius 8. und 20. August 1745.
Wied an die Direktoren der drei Kollegien im Juli 1745.

[3] Wied an Pistorius 8. Februar 1746.

[4] Wied an Colloredo 8. Februar 1746.
Wied an das fränkische Kollegium 8. Februar 1746.

[5] Wied an Wetterau 27. Juli 1746.
Wied an Franken 25. Mai 1746.

gratuit" von 20 Römermonaten anzubieten, wie in der Mitteilung an die übrigen angegeben wurde, „aus erheblichen Beweg-Ursachen, welche bey diesseitigem Collegio besonders vorwalten". Zur Rechtfertigung wurde ferner angeführt, daß man die Hoffnung habe, infolge dieses Entgegenkommens werde der Kaiser zur Berücksichtigung ihrer Standeswünsche bereit sein. Als solche wurden genannt: Erleichterung „des erschwerten Ceremoniels in Comitiis", damit die Kollegien ihre Gesandtschaften besetzt lassen könnten, und die Genehmigung einer reichsgräflichen Union. Der Abstellung der erhobenen Beschwerden wurde von dem Reichsvizekanzler in einer allgemein gehaltenen Zusicherung zugestimmt.[1] Pistorius und Graf Wied konnten demgegenüber mit Recht darauf hinweisen, daß dadurch nichts erreicht sei, da man nicht vorher feste Abmachungen getroffen habe. Das teilte Friedrich Alexander dem Direktor des schwäbischen Kollegiums in einem Schreiben mit, in dem er ihm zugleich sein Erstaunen über diesen Schritt aussprach; offen erklärte er ihm, alle Zugeständnisse für die Union seien wertlos, wenn man selbst so einseitig vorgehe und ein Beispiel gänzlicher „Desunion" gebe. Er selbst wie die übrigen Kollegien waren in höchstem Maße bestürzt.[2] In jedem Falle waren sie jetzt im Nachteil. Willigten sie ein, wurde doch das schwäbische Kollegium von der kaiserlichen Regierung als der veranlassende und entgegenkommende Teil angesehen, sie aber als die, die notgedrungen und ungern seinem Beispiele gefolgt waren. Schlössen sie sich nicht an, war die Erbitterung über die widerstrebenden Grafen um so größer. Trotz dieser Bedenken blieben sie auch jetzt noch fest. Bezeichnend für die entschlossene Haltung Wieds sind die Worte, die er an den Direktor des fränkischen Kollegiums richtete: „Wenn das „Don gratuit" verlangt wird, so kann man uns doch nicht zum „Don gratuit" zwingen. Ja, sollten sie auch deswegen Uns einige Trangsalen anthun wolen, so wird doch Gott uns solche übertragen helffen und der Trost, daß wir unsere Standtes-Freyheit und Ehre gerettet, desto leichter machen".[3] Graf Colloredo und ebenso ein anderer kaiserlicher Minister, Graf Cobenzl, versäumten es natürlich nicht, gestützt auf den Vorteil, den ihnen das schwäbische Anerbieten an die Hand gab, erneut zu dem Geschenk für den Kaiser aufzufordern, wiederum betonend und versprechend, daß die Forderung kein Recht des Kaisers und die Leistung keine Verpflichtung des Grafenstandes sein solle. Um dem Grafen von Wied jedes Bedenken zu nehmen, wies Colloredo darauf hin, daß es sich um kein Recht des Kaisers handle, das gehe schon daraus hervor, daß ja kein kaiserlicher Befehl ergangen sei, er

[1] Schreiben des schwäbischen Kollegiums 10. und 13. Januar 1746.

[2] Pistorius an Wied 3. Februar 1746.
Wied an Wetterau 8. Februar 1746.
Schreiben des fränkischen und wetterauischen Kollegiums vom 17. Februar 1746.

[3] Wied an Franken im Januar 1747.

sich vielmehr in Privatschreiben an die Kollegien gewandt habe. Das erste Schreiben Wieds, das, wie oben erwähnt, den Beschluß des westfälischen Kollegiums enthielt, habe er noch zurückbehalten und dem Kaiser keine Mitteilung gemacht; er hoffe, daß der Graf jetzt anders denken und sich nicht mehr weigern werde.[1] Dieser ließ sich jedoch auch hierdurch nicht von seiner Ansicht abbringen. Er erwiderte, er könne trotz der Versicherungen des Reichsvizekanzlers nicht von seinem Standpunkte abgehen, denn den folgenden Geschlechtern werde es immer schwerer, sich der Verpflichtung zu entziehen, tatsächlich handle es sich doch um einen Rechtsanspruch des Kaisers.[2] Dieser Widerstand besserte selbstverständlich die Stimmung des Wiener Hofes gegen ihn nicht. Der Graf Christian von Kirchberg schrieb ihm aus Wien, sein Verhalten bringe ihm dort einen schlechten Namen ein, Graf Colloredo habe sich sehr ernst über die Angelegenheit ausgesprochen und erklärt, er wisse, daß der Graf von Wied allein am Widerstand des westfälischen Kollegiums schuld sei, das werde man ihn auch noch empfinden lassen. In einem anderen Schreiben teilte er ihm mit, jener habe ihm erzählt, daß er über alles, was der Graf Wied in dieser Sache getan habe, unterrichtet sei, daß er selbst die Briefe gesehen habe, die von ihm an das schwäbische Kollegium geschrieben worden seien.[3] Als sich Friedrich Alexander daraufhin bei dem Direktor desselben beschwerte, legte dieser natürlich Verwahrung gegen den Verdacht ein, als ob die Korrespondenz nach Wien weitergegeben sei.

Im Jahre 1747 tauchte eine andere kaiserliche Forderung auf, die sich auf die Stellung von Rekruten erstreckte. Beim westfälischen und wetterauischen Kollegium sollte sie der General Hagenbach durchsetzen, beim fränkischen und schwäbischen der kaiserliche Feldmarschall-Leutnant Freiherr von Tornaco. Sofort entstand der Verdacht, daß die Rekrutenabgabe an die Stelle der Geldzahlung treten und auf diese Weise das „Don gratuit" eingezogen werden solle. Um darum nicht den Anschein aufkommen zu lassen, als ob man nun doch einer vom Kaiser geforderten Leistung nachkomme, behandelte das fränkische Kollegium die Angelegenheit überhaupt nicht als Kollegialsache und führte keinen Kollegialbeschluß herbei, sondern überließ den einzelnen Mitgliedern freie Entscheidung. Bei dem schwäbischen Kollegium gelang es dem Freiherrn von Tornaco, einzelne Mitglieder zu einer Geldabgabe zu bewegen; um nicht die letzten zu sein, entschlossen sich auch Direktor und Condirektor, sich mit dem kaiserlichen Beauftragten in derselben Weise abzufinden.[4] Das wetterauische Kollegium lehnte die Rekrutenstellung ab. Seine

[1] Colloredo an Wied 26. Februar 1746.
[2] Wied an Colloredo März 1746.
[3] Graf von Kirchberg an Wied 2. August 1746. — 1. März 1747.
[4] Wied an Pistorius 4. Januar 1747.
Schreiben des schwäbischen Kollegiums 14. Januar und April 1747. — Schreiben des fränkischen Kollegiums 14. Februar 1747.

Gründe teilte es dem General Hagenbach zur Weitergabe an die höchste Stelle mit. Nach seiner Darstellung befand sich das Kollegium in schwieriger Lage. Durch den Abgang der Nassauischen, Hanauischen, Waldeckischen und Schwarzburgischen Häuser war es um mehr als zwei Drittel seines Bestandes geschwächt, dadurch waren bei den übrigen die gemeinsamen Lasten um ein Merkliches vergrößert. Verschiedene Mitglieder wohnten in Obersachsen, im Schwarzwald, in Bayern und jenseits des Rheines, und nur einige waren in der Wetterau und den umliegenden Gegenden begütert. Die entfernt liegenden Häuser fürchteten die Nachbarschaft Frankreichs und anderer Feinde des Kaisers; darum erschien ihnen die Abgabe von Rekruten gefährlich. Als Mitglieder des oberrheinischen Kreises hatten die nahegelegenen bereits in das 3. Jahr das Dreifache ihrer Kriegsmannschaft aufgestellt und hatten das kaum gegen Bezahlung vermocht; umsomehr glaubten sie, unentgeltlich Rekruten an den Kaiser nicht abgeben zu können. Was von Reichs und Kreis wegen von ihnen gefordert werde, dem wollten sie auch fernerhin nachzukommen trachten und der gegenwärtigen kaiserlichen Forderung dadurch entgegenkommen, daß die, die dazu imstande wären, kaiserliche Werbungen in ihren Ländern gestatteten und ihnen Vorschub gewährten.[1]

Die Stimmung im westfälischen Kollegium war geteilt; auch hier wurde wie im fränkischen kein allgemeiner Beschluß gefaßt, ein Teil der Mitglieder war dafür, die übrigen dagegen.

Graf Wied war geneigt, hierin dem kaiserlichen Begehren zu willfahren. Er setzte dabei voraus, daß die Rekrutenstellung nicht so angesehen werde, als ob sie an die Stelle des „Don gratuit“ trete, mithin in der Tat als ein Krönungsgeschenk betrachtet werden könne. Er glaubte, und man war in den Kollegien überhaupt der Ansicht, in diesem Falle zustimmen zu können, weil dieselbe Forderung an Fürsten und Städte ergangen und von ihnen angenommen war, also von einer besonderen Leistung des Grafenstandes nicht gesprochen werden konnte. Er versäumte aber auch hier nicht, die drei anderen Kollegien zu mahnen, in Zukunft vorzubeugen, derartige Ansinnen nicht mehr als Direktorialsache anzunehmen und zu behandeln, sondern zu verlangen, daß man sich kaiserlicherseits an jedes gräfliche Haus einzeln wende.[2]

Zum vierten Male wurde die Frage 1764 bei der Wahl Josephs II. brennend. Nun war er in besonders schwieriger Lage, wie er sich verhalten sollte. Denn inzwischen war sein Verhältnis zum Wiener Hofe aus mancherlei Ursachen so schlecht geworden, daß er die Feindschaft nicht noch vermehren durfte.[3] Eine fried-

[1] Schreiben des wetterauischen Kollegiums 23. August 1747.
[2] Wied an Wetterau 18. Februar 1747; an die drei Kollegien 2. Juni 1747.
[3] Vergl. S. 53—57.

liche Einigung, die gleichzeitig aber seiner prinzipiellen Auffassung Rechnung tragen sollte, wäre ihm deshalb gerade jetzt angenehm gewesen, und so ging sein Vorschlag dahin, der Kaiser möge allgemein eine Zahlung von Römermonaten verlangen, so werde auch der Reichsgrafenstand bereit sein. Einer Belastung für diesen allein konnte er trotz seiner Bereitwilligkeit zum Frieden diesmal ebensowenig wie früher beipflichten. Er schrieb: „Wie gern wollte und würde der Reichsgrafenstand jetzt Kaiserlichermajestät Devotion beweisen, wan nur ein ohnpräjudicierlicher modus aufzufinden. Aber der Ritterschaft gleichstellen ist gar zu Ekelhaft!" — „Der Gedanke, daß man das „Don gratuit" noch besonders vom Reichsgrafenstand fordern würde, scheint gar zu arg und garnicht zu vermuten. Das wäre ja denselben auf ewig alienieren vom Kaiser von Österreich."[1] Da er so die eigene Selbständigkeit nicht aufzugeben vermochte, wußte er keinen Weg, sich von der kaiserlichen Ungnade zu befreien, und er bedauerte, nicht den richtigen Modus finden zu können, wirkliche Devotion zu zeigen und doch das Interesse und die Ehre des Grafenstandes zu wahren und seiner Direktorialpflicht nicht untreu zu werden.[2] In der Sache selbst scheint der Kaiser durchgedrungen zu sein. Am 13. Juli 1767 bemerkt Wied: „Österreich im gräflichen Collegio? — Ist das gut? Nun haben sie don gratuit von 37 Römermonaten verwilligt. Das wird die Frucht sein."[3]

Dieser sich immer wiederholende Streit um das „Don gratuit" läßt uns einen Blick in die verworrenen inneren Verhältnisse des Reiches, in die Unzulänglichkeit seiner Verfassung tun. Da ist der Kaiser, dem das Reich kaum Mittel in die Hand gab ,bemüht, sich solche durch eine Ehrengabe von den Ständen zu verschaffen. Die in den Kollegien vereinigten Reichsgrafen, die, an sich durchaus unbedeutend, im Besitze eines nur kleinen Herrschaftsgebietes, die Zerrissenheit des Reiches vervollständigen, wehren sich gegen den „ewigen Tribut"[4] Sie wollen nicht Verbindlichkeiten auf sich nehmen, die sie dem Kaiser nicht schuldig sind, die von den größeren Reichsständen nur nach deren Belieben eingegangen werden, deren Erfüllung sie also mit der Ritterschaft gleichstellen würde. Das von jeher von den souveränen Gewalten des Reiches gebrauchte Wort von der „ständischen Freiheit" erklingt auch in diesem Kampfe. Doch dabei sind sie unter sich uneins, Sonderwünsche gewinnen bei manchen die Oberhand, denn sie fühlen ihre Abhängigkeit vom Reichsoberhaupte.

In ihren Reihen ist Friedrich Alexander von Wied ein besonders eifriger Vertreter der ständischen Gerechtsame. Wo

[1] N. A. Korrespondenz mit Pistorius Januar 1764; 20. Februar; 5. März 1764.
[2] N. A. Korrespondenz mit Pistorius Anfang 1764.
[3] N. A. Korrespondenz mit Pistorius 13. Juli 1767.
[4] N. A. Korrespondenz mit Pistorius. Pistorius an Wied 27. März 1764.

es sie zu verfechten galt, tat er es konsequent, immer das gleiche Ziel im Auge behaltend. Mit voller Hingabe war er bestrebt, für sie zu wirken. Dafür noch einige Beispiele.

Um die Erkenntnis für die Wichtigkeit der Standesfragen zu pflegen, plante er 1751, zusammen mit dem ihm eng befreundeten Grafen von Castell-Rehweiler einen Katechismus zur politischen Belehrung der gräflichen Jugend herauszugeben. Wurde das auch nicht ausgeführt, so bewies er doch damit, wie weit sein Eifer ging.[1]

Ferner trat er dafür ein, daß speziell die altgräflichen Häuser unter sich eine engere Verbindung eingingen. Schriftlicher Verkehr und persönliche Zusammenkünfte in den Einzelkollegien sowie Versammlungen der altgräflichen Häuser aus den vier Kollegien überhaupt sollten dazu dienen, daß sie einiger und nachdrücklicher ihre Rechte behaupten könnten. Als solche wurden bezeichnet: Wahrung der Unabhängigkeit und des Ansehens des Standes und der einzelnen gegen Unrecht und Bedrückung, Abwendung von jeglichem „Präjudiz“, Festhalten an den ihnen zustehenden Titeln gegenüber den neuaufgenommenen und ernannten Grafen, Zusammenarbeiten mit den alten fürstlichen und kurfürstlichen Höfen, daß das ihnen zukommende „Titulare und decorum“ wieder in richtiger Weise gehandhabt werde. Außerdem sollten folgende Vorschriften für die altgräflichen Häuser gelten und von ihnen selbst beachtet werden: Gute und gerechte Regierung in ihren Ländern, Fürsorge für verwitwete Gräfinnen und Unterstützung der Waisen, standesgemäße Heirat, Einführung des „jus primogeniturae“, wo es noch nicht geschehen sei, damit die Häuser nicht durch Teilungen, Veräußerungen u. s. w. geschwächt würden; gütliche Beilegung von Streitigkeiten. Es wurde festgesetzt, katholische Häuser nicht einzuladen, ehe es nicht unbedingt erforderlich wäre oder sie sich selbst meldeten, weil doch nur wenige sich mit den angegebenen Satzungen einverstanden erklären, andere wirkliche Teilnahme nicht zeigen oder die Verhandlungen nur mißbrauchen würden; ferner, weil die evangelischen Häuser ihren Anspruch auf Besetzung der Comitialgesandtschaft aufrecht erhalten sollten.[2]

Mit welcher Entschiedenheit er endlich auf dem Reichstage den Grafenstand vertreten und dessen Belange in den Vordergrund gestellt wissen wollte, hören wir aus seinen Weisungen an Pistorius. Die Grafenkollegien sollten, so mahnte er, dort nur im Hinblick auf die reichsständischen Interessen votieren, nicht dem einen oder anderen mächtigeren Staate zu Gefallen, denn daraus könnte nur eine geringere Achtung der reichsgräflichen Vota entstehen. Die Feindschaft, die dieses gerade Verfahren mit sich bringen mußte, focht ihn nicht an; er glaubte, sie ginge vor-

[1] N. A. Korrespondenz 1760—70. Friedrich Alexander an Castell-Rehweiler 27. Dezember 1768. Castell-Rehweiler an Wied 23. Jan. 1769.

[2] N. A. Engere Grafenkorrespondenz. 1738—54.

über, viel schädlicher und besonders für die Zukunft unendlich verderblicher sei es, gegen die eigenen Gerechtsame zu stimmen, um Österreich oder einem anderen zu schmeicheln und gefährlichen Verfolgungen zu entgehen. So selbstbewußt und kühn war sein Wille, daß er sagte: „Wünschen wolte ich, daß ich Könte angeben solche gründliche Vota, eben wohl in odiosis, daß die Nachwelt solche in denen Protokollis mit sonderem Beyfall lesen mögte." [1] Eine mannhafte Sprache, die seine Unerschrockenheit bezeugt.

Ein solches Verfahren mußte notwendig in Wien Mißstimmung gegen ihn erzeugen. Erst recht aber wurde er Gegner des Kaiserhauses, als die äußere Politik ihn im Siebenjährigen Kriege wieder auf den Plan rief. Da er nun bei einem Siege Österreichs und seiner Verbündeten die protestantische Religion gefährdet glaubte, hielt er entschlossen zu Friedrich II. als dem Vorkämpfer des Protestantismus. Demnach ließ er sich — entgegen seinem früheren Verhalten in den Kämpfen der großen Mächte — wie bei der Verteidigung der Standesangelegenheiten gleichfalls in der äußeren Politik von ideellen Gesichtspunkten leiten.

[1] N. A. Tagebuchnotizen 25. Februar 1757.

IV. Preußisch-Protestantische Politik im Siebenjähr. Kriege.

(Kontingentstellung, Subsidienverträge, Friedensvermittlung zwischen Preußen und Frankreich 1757.)

Eine neue Gruppierung der Mächte erfolgte um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Frankreich und Österreich hatten sich in traditioneller Feindschaft bisher gegenüber gestanden. Dieser Gegensatz hatte England auf die Seite Österreichs geführt und Friedrich II. zum Verbündeten Frankreichs gemacht. Zum letzten Male trat diese Verbindung kriegerisch im österreichischen Erbfolgestreit 1740—48 in die Erscheinung. Andere politische Interessen — schon damals hervorgetreten — rückten jetzt in den Vordergrund und beherrschten das europäische Staatensystem: Der Kampf Englands und Frankreichs um den Kolonialbesitz in Amerika und die Herrschaft zur See, und die Feindschaft zwischen Preußen und Österreich. Nunmehr wurde England der Hauptfeind Frankreichs, und Österreich sah seine vornehmste Aufgabe darin, Preußen niederzuwerfen, um dessen Machtstellung im Reich zu vernichten und Schlesien wiederzuerhalten. Entsprechend der Veränderung der politischen Ziele schlossen sich darum England und Preußen, ferner Österreich, Frankreich und Rußland zusammen, also protestantische Staaten auf der einen, katholische auf der anderen Seite.[1]

Konfessionelle Gründe riefen allerdings diese Gruppierung nicht hervor, sondern letzten Endes politische, aber der konfessionelle Gegensatz wurde doch von beiden Seiten betont. Bei den Versuchen Österreichs, Frankreich für eine Alliance zu gewinnen, wurde an das gemeinsame religiöse Bekenntnis erinnert und direkt erklärt, daß es sich unter anderem um die Aufrechterhaltung der katholischen Religion handle.[2] Im Hinblick auf die Verbindung von England und Preußen und die Subsidienverträge Englands mit Braunschweig und Hessen (Juni 55) sprach man von der Bildung einer „protestantischen Liga.[3] Man schlug die Aufstellung einer französischen Armee in Westfalen vor, um Hannover und die übrigen protestantischen Reichsstände von einer Hilfeleistung für den König von Preußen abzuhalten.[4] Mit derselben Begründung legte Österreich den Franzosen ein anderes Mal nahe, nicht in Hannover einzumarschieren.[5] Wenn

---

[1] Volz und Küntzel: Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven. Leipzig 1899 Bd. 74 LXVII—LVIII.
Immich: a. a. O. S. 338—348.

[2] Volz und Küntzel: a. a. O. S. 161, 164, 229, 351, 384.

[3] Volz und Küntzel: a. a. O. S. 223.

[4] Volz und Küntzel: a. a. O. S. 296, 389, 400.

[5] Volz und Küntzel: a. a. O. S. 610.

man sich andererseits dagegen verwahrte, daß es auf eine Unterdrückung der protestantischen Stände abgesehen sei,[1] und man die Teilnahme Schwedens wünschte, um damit dem Kriege den Anschein eines Religionskampfes zu nehmen,[2] so war das gleichfalls ein Zeichen dafür, wie stark das Bewußtsein von dem konfessionellen Gegensatz war. Es war auch für Ludwig XV. von Bedeutung und trug dazu bei, ihn dem österreichischen Bündnis geneigt zu machen.[3] Außerdem wurden die kirchlichen Interessen hervorgehoben, um Österreich im Reich Anhänger zu werben und einen Zusammenschluß katholischer Stände zu erreichen.[4]

Ebenfalls von protestantischer Seite wurde die politische Lage vom konfessionellen Standpunkt beurteilt. Das Zusammengehen der beiden katholischen Mächte betrachtete man als eine Gefahr für den Protestantismus und bezeichnete neben der Vernichtung Preußens die Unterdrückung der evangelischen Religion als Absicht der Gegner. Friedrich der Große selbst suchte das religiöse Moment zu nutzen. Er ließ in Dänemark und Holland darauf hinweisen, um sie als Verbündete an sich zu ziehen; in den preußischen Flugschriften wurde darauf aufmerksam gemacht, und bei den Verhandlungen mit den protestantischen deutschen Fürsten zwecks Bildung eines evangelischen Fürstenbundes unter preußischer Führung war die Rede davon.[5]

Die Besorgnis der protestantischen Fürsten war nicht unbegründet. In der Tat hätte die Zertrümmerung Preußens und die Machtstellung, die Österreich dadurch im Reiche erlangt hätte, eine bedeutende Machterweiterung der katholischen Partei zur Folge gehabt.[6] Beide Bekenntnisse standen sich auf dem Reichstage scharf gegenüber, wo die Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten nie zur Ruhe gekommen waren und einen Hauptgegenstand der Reichstagsgeschäfte ausmachten.[7] Die konfessionelle Frage spielte eben in der Politik des 18. Jahrhunderts eine immerhin gewichtige Rolle in den Beziehungen der großen Mächte und in dem Verhältnis der Reichsstände untereinander und zum Kaiser.

Auch der Graf von Wied teilte die unter den Protestanten weit verbreitete Auffassung von dem religiösen Charakter des Krieges. Das ist um so mehr zu verstehen, weil ihm überhaupt religiöses Empfinden in hohem Maße eigen war. Während seines ganzen Lebens zeichnete ihn große Frömmigkeit aus. Als er 1735 zur

---

[1] Volz und Küntzel: a. a. O. S. 489, 501.
[2] Volz und Küntzel: a. a. O. S. 615.
[3] A. Schäfer: Geschichte des Siebenjährigen Krieges. Berlin 1867 bis 1874 Bd. I S. 116/17.
[4] A. Schäfer: a. a. O. S. 166.
[5] Fitte: Religion und Politik während des Siebenjährigen Krieges. Beilage zum Jahresbericht des Sophiengymnasiums zu Berlin 1899 S. 18—24.
[6] Volz und Küntzel: a. a. O. C XLIII/IV.
[7] Fitte: a. a. O. S. 5—7.

Friedensunterhandlung in Wien war, bedauerte er, keine Bibel mitgenommen zu haben, und kaufte sich dort eine neue.[1] Der plötzliche Tod des Vaters war ihm eine Schickung Gottes und eine Mahnung, sich täglich auf das Ende vorzubereiten.[2] Aus des Allmächtigen Hand, war sein Glaube, komme alles, was dem Menschen zufalle.[3] Als verschiedene Persönlichkeiten ihn wegen seines Eintretens für Friedrich II. im Siebenjährigen Kriege bei den Franzosen als erzpreußisch, sich selbst aber als gut österreichisch gesinnt angaben und ihm dadurch Verdruß und Gefahr zuzogen, schrieb er in seinem frommen Sinne: „Dieses böße werde bey umgewandter Gelegenheit zu vergelten suchen, aber mit gutem.“[4] Er war der Ansicht, daß Gott sich in den großen Weltkämpfen offenbare, daß er jederzeit die Hand im Spiele habe.[5] Nach den für Preußen unglücklichen Schlägen des Jahres 1757 gab er darum dem Gedanken Ausdruck, er, der vielleicht verachtet worden sei, habe die Völker gegen Friedrich zusammengerufen.[6] Krieg und schlechte Zeiten bedeuteten ihm Züchtigungen des Höchsten und Warnungen zum Besten der Menschen.[7] Dies feste Gottvertrauen war ihm ein sicherer Halt in den Stürmen der Zeit und den eigenen politischen Kämpfen. Mit den Worten: „Gott über alles, mithin allzeit vergnügt“ oder: „Gott über alles, allzeit vergnügt“ schließt er die meisten seiner Mitteilungen an Pistorius.

Schon vor dem Kriege hatte er seine protestantische Gesinnung bewiesen. Sie trat bereits bei der Bildung des engeren Grafenvereins zutage, der nur protestantische Häuser umfassen sollte, damit sie sich für ihre Rechte katholischen Ansprüchen und Übergriffen gegenüber zur Wehr setzten.[8] 1755 zeigte er seinen Eifer für das evangelische Bekenntnis, als Jesuiten in dem benachbarten Orte Dierdorf in der Grafschaft Wied-Runkel ein Kloster errichten wollten. Mit aller Macht arbeitete er darauf hin, daß die evangelischen Stände Einspruch erhoben und die kaiserliche Bestätigung verhinderten.[9] Ebenfalls 1755 betonte er das konfessionelle Moment, als er zusammen mit anderen Reichsständen einen Subsidienvertrag mit England schließen wollte, indem er sie darauf hinwies, daß die Vereinigung mit einer protestantischen Großmacht vorteilhaft sei für den Protestantismus

---

[1] N. A. Korrespondenz Friedrich Alexanders an seinen Vater 16. September 1736.
[2] N. A. Korrespondenz mit Rat Bröseke 1735—39. 25. Sept. 1737.
[3] N. A. Korrespondenz Friedrich Alexanders an seinen Vater 20. Oktober 1736.
N. A. Korrespondenz mit Graf Dönhoff Februar 1786.
[4] N. A. Allerlei Korrespondenz. — An Gudenus 29. September 1759.
[5] Korrespondenz mit Pistorius 11. April 1761.
[6] N. A. Tagebuchnotizen 30. August 1757.
[7] N. A. Korrespondenz mit Graf Dönhoff 1770.
[8] Vergl. S. 37.
[9] N. A. Tagebuchnotizen 18. März, 9. April, 6. und 23. Juni, 1. August 1755 und 7. Oktober 1756.

in Deutschland.[1] Auch später hat er daran festgehalten, protestantische Interessen gegen Forderungen katholischer Stände zu verteidigen. Als z. B. die katholischen Häuser des westfälischen Grafenkollegiums den Versuch machten, einen eigenen Bevollmächtigten für die Reichskammervisitation zu ernennen, wandte er sich entschieden dagegen, um den protestantischen Charakter des Kollegiums zu wahren.[2] Besorgt sprach er oft über die Religionsverhältnisse im Reich, klagte, daß das evangelische Wesen unterdrückt werde, und forderte energischen Widerstand, „sonsten erneuert das Pabstumb alles wieder und die Protestantische Religion geht unter in 100 Jahren." Bis in die achtziger Jahre hören wir von ihm solche Worte.[3] So hat er seine protestantische Anschauung zu allen Zeiten scharf hervorgekehrt.

Wie hätte er da nicht gerade den Siebenjährigen Krieg, der die religiösen Leidenschaften in besonderem Maße erregte, als eine Auseinandersetzung der Glaubensparteien ansehen sollen! Daß bei einer solchen Einstellung seine ganze Sympathie dem König der protestantischen Vormacht galt, ist selbstverständlich. Seine Haltung gegenüber den Gegensätzen im Kriege ist darum von diesen beiden Gesichtspunkten bestimmt, und niemals hat er so leidenschaftlich zu den Ereignissen Stellung genommen wie jetzt.

Das österreichisch-französische Bündnis von 1756 bezeichnete er als den ersten Schritt zu einem neuen Religionskriege. Die Erklärungen der antipreußischen Seite, daß es sich nicht um die Religion handele, beeinflußten seine Meinung nicht ,er nahm sie nicht ernst, sondern sah in ihnen nur Versuche, die Protestanten einzuschläfern, das „punctum Religionis", meinte er, wäre nur „suspendiret", in Wirklichkeit aber „die wahre Absicht Cathlicorum, welches aus den vielen ohnerörterten gravaminibus und den himmelschreyenden Verfolgungen in den Erblanden, auch mir gewiß bewußten Betrieb derer Jesuiten von des Päpstlichen Stuhls genugsam ersichtlich." Diese, glaubt er, seien vornehmlich für die Entfesselung des Krieges verantwortlich zu machen.[4]

Von den kriegführenden Mächten aber betrachtete er Österreich als den eigentlichen Angreifer. Daß Friedrich die Feindseligkeiten begann, machte ihn in dieser Meinung nicht irre. Er hielt dessen Angriff für berechtigte Abwehr. Es war ihm auch gleichgültig, ob sein Vorgehen gegen die Reichsgesetze verstieß oder nicht. Ebenso verteidigte er seinen Einfall in Sachsen, „denn die eine Grube graben, fallen billig selbst darein."[5]

[1] Vergl. S. 45.
[2] R. A. Collectanea XI betr. Westfäl. Grafenkollegium 1775/76.
[3] R. A. Korrespondenz mit Pistorius 12. Mai, 11. Oktober 1766; 10. April 1767; 26. Februar 1770.
Korrespondenz mit Minister Herzberg-Berlin 1782—84.
[4] R. A. Tagebuchnotizen 31. März 1756; 2. März 1757.
R. A. Korrespondenz mit Golowkin 1. Januar 1757.
[5] R. A. Korrespondenz mit Castell-Rehweiler 1751—57.
Wied an Castell-Rehweiler 24. Dezember 1756.

Mit Bangen jedoch sah er die gewaltige Macht, die sich gegen ihn vereinigt hatte, und er fürchtete, daß der König ihr nicht widerstehen könne.[1] Von den Protestanten erwartete er darum, daß das gemeinsame religiöse Interesse sie zusammenführe. Statt dessen aber schlossen sich manche sogar den Gegnern an. „Unsere eigenen Landsleute von Unserem glauben," klagte er da, „helfen unsere Freyheit und Evangelische Religion unterdrücken."[2] Mit größter Sorge erfüllte ihn diese Uneinigkeit, und er bedauerte, sie nicht beseitigen zu können. Darüber schreibt er: „Wan keine Protestantische Vereinbarung zu erhalten, So können es freilich nicht allein zwingen. Gott verhüte, daß nicht die Sachen so laufen, daß hernächst zur Vereinbarung und Widerstand zu spath seye, nehmlich mit Nutzen, wie es in jetzo anginge, da Wir noch im Stande Uns zu wehren. Alsdann würde es aussehen wir vor dem Religionsleiden."[3] — „Da aber geldnegotia, schwache Einsichten, passiones p. p. die ohneinigkeit unter diesen so weit unterhalten, daß Keine zusammensicht erfolgt, so Kann das westfälische Kollegium alleine nicht die Schanze waren."[4]

Dieses nahm eine Haltung ein, die ganz seinem Standpunkte entsprach. Als im Januar 1757 auf dem Reichstage beschlossen wurde, daß die Stände ihr Truppenkontingent in dreifacher Matrikularstärke dem Kaiser überlassen und 30 Römermonate zu den Kriegskosten zahlen sollten, stimmten unter anderen die westfälischen Grafen gegen den Antrag.[5] Er selbst war ebenfalls nicht gewillt, dem dort gefaßten Beschluß nachzukommen; denn da er fürchtete, daß die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges wiederaufleben und die schlimmsten Verfolgungen über die Protestanten hereinbrechen könnten, wollte er den Feind nicht stärken. Dieser ungeheure Argwohn und seine eigene Stellung zum Kampf ist am treffendsten in den Worten ausgedrückt: „Am wenigsten will ich proprio Marte ohne meine Schuldigkeit, so viel an mir ist, helfen Ketten schmieden und Holz zutragen, umb hernächst (wan es nach Römisch Catholischer Absicht ginge) mich und meine glaubens genossen zu schließen und zu verbrennen".[6] Doch von Wien aus wurde nachdrücklichst sein Truppenteil angefordert. Er nahm an, daß man ihn damit treffen wolle wegen seiner antiösterreichischen Politik.[7] Nun blieb ihm nichts anderes übrig, als sein Kontingent fertig zu machen und es zur Verfügung zu stellen.[8] Am Kampfe jedoch hat es anscheinend nicht mehr teilgenommen. 1760 war die Angelegenheit noch nicht erledigt; auch

---

[1] Korrespondenz mit Castell-Rehweiler 24. Dezember 1756.
[2] N. A. Tagebuchnotizen 22. April 1757.
[3] N. A. Tagebuchnotizen 26. April 1757.
[4] N. A. Tagebuchnotizen 2. Mai 1757.
[5] B. Thudichum: Der Achtsprozeß gegen Friedrich und seine Verbündeten 1757 und 58. Tübingen 1893 S. 169.
A. Schäfer: a. a. O. I. S. 255—56.
[6] N. A. Tagebuchnotizen 2. Mai 1757.
[7] N. A. Tagebuchnotizen 10. August, 20. September 1758.
[8] N. A. Tagebuchnotizen 19. April 1759.

wurden von ihm in diesem Jahre noch Kontingentsgelder verlangt und 1762 ihm deswegen mit Exekution gedroht.[1]

Nach seiner politischen Überzeugung hatte er zu handeln versucht. Aber der schwache Reichsgraf vermochte sich nicht durchzusetzen. Dem überlegenen Druck mußte er sich schließlich unterwerfen. Er erkannte, daß er um seiner eigenen Sicherheit willen die Wiener Feindschaft nicht außer acht lassen dürfe.[2] Das ist das Tragische für ihn. Innerlich ganz der protestantischen Sache zugetan, war er „mit Gut, Ehr und Blut" bereit, sie zu unterstützen.[3] Aber sobald er den Worten die Tat folgen lassen wollte, begannen die Schwierigkeiten . Dann zeigte es sich, daß er in seinen Entschließungen und Handlungen nicht frei war, daß er der Kleinfürst war, der keine selbständige Politik treiben konnte. Das mußte er zum zweiten Male erfahren, als er die Kriegszeit zum Abschluß von Subsidienverträgen benutzen wollte.

Allenthalben, von großen Staaten und kleinen Fürsten, wurden in damaligen Zeiten gegen Geldzahlung Soldaten in fremde Dienste gegeben. Dasselbe war schon von Anfang seiner Regierung an das Bestreben des Grafen, um auf diese Weise zur Hebung seiner Schuldenlast sich Einkünfte zu verschaffen. Anfangs der vierziger und fünfziger Jahre bemühte er sich, allerdings vergebens, um Verträge mit den Seemächten.[4] 1755 nun machte er eine bedeutendere Anstrengung, einen Subsidienvertrag mit England abzuschließen.[5]

Der Vorschlag wurde ihm von dem Sohne eines früheren wiedischen Beamten namens Barbut unterbreitet, der in englischen Diensten gestanden hatte. Der Graf griff den Plan sofort auf. Um ihn ansehnlicher erscheinen zu lassen und so des Erfolges sicherer zu sein, suchte er eine größere Anzahl von Reichsständen zum Beitritt zu bewegen. Es gelang ihm zunächst, durch den Grafen von Seckendorf in Ansbach Barbuts Ernennung zum Kammerherrn und ansbachischen Gesandten in London zu erreichen. Auf jenes Veranlassung betraute auch der Erzbischof von Würzburg Barbut mit seiner Vertretung in der englischen Hauptstadt. Beide Länder hatten bereits einen Subsidienvertrag mit Hannover, wünschten aber ein dauerndes Abkommen mit England zu treffen. Die Zeit schien günstig. Infolge von Kolonialstreitigkeiten in Nordamerika war mit einem Kriege zwischen Frankreich und England zu rechnen. Es war ihnen darum willkommen, jemand in London zu haben, der sie über die Krisis unterrichtete und ihr Anliegen vorbrachte.[6]

---

[1] Korrespondenz mit Pistorius 1. und 5. Februar 1760. 19. März 1762.
[2] N. A. Tagebuchnotizen 30. August 1757.
[3] N. A. Tagebuchnotizen 20. September 1758.
[4] N. A. Korrespondenz 1740—43.
N. A. Korrespondenz mit Castell-Rehweiler 1751—55. 23. Juli 1751.
[5] N. A. Englischer Subsidienvertrag. Korrespondenz mit Barbut, Seckendorf u. a. 1755—57.
[6] N. A. Englischer Subsidienvertrag. Briefwechsel mit Barbut und Seckendorf Mai bis Oktober 1755.

Nachdem so ein glücklicher Anfang gemacht war, forderte Friedrich Alexander noch verschiedene andere Höfe auf, z. B. Wied-Runkel, Hohenlohe-Langenburg, Hohenlohe-Oehringen, Solms-Braunfels, Schaumburg-Lippe, Kirchberg, Castell-Rehweiler usw. Er legte ihnen nahe, außer den finanziellen Aussichten auch die politische Bedeutung des Vorhabens zu beachten. Die Verbindung mit einer großen auswärtigen Macht vermehre das Ansehen des Grafenstandes, überdies sei zu erwarten, daß sie früher oder später einmal Einfluß auf die innerdeutschen Verhältnisse gewinnen werde, denn sie könne der Wahrung reichsständischer Rechte dienen und bedeute eine Stärkung des Protestantismus in Deutschland. Diesen letzten Punkt hob er gleichfalls in den ihnen zur Unterschrift zugesandten, zur Abgabe in England bestimmten Beglaubigungsschreiben für Barbut hervor, in denen er bemerkte, daß ja auch der englische König Sorge um die protestantische Religion im Reiche trage. So eindringlich er ihnen indessen zuredete, fast ohne Ausnahme lehnten sie mit den verschiedensten Gründen ab. Nur mit den Creditivschreiben von Ansbach, Würzburg, Wied und Castell-Rehweiler reiste Barbut nach London.[1]

Doch seine Bemühungen, in Unterhandlungen zu treten, waren vergeblich, er wurde am englischen Hofe nicht empfangen. Sein Hauptwidersacher war der hannoversche Gesandte von Münchhausen, der Seckendorf mitteilte, daß Barbut nicht genehm sei. Darauf zogen Ansbach und Würzburg ihre Beglaubigungsschreiben zurück. Friedrich Alexander aber gab trotzdem den Gedanken noch nicht auf, er hoffte, eine günstige Gelegenheit noch einmal ergreifen zu können. Barbut blieb in London zur Berichterstattung über die englischen politischen Verhältnisse. Er trat mit dem niederländischen Gesandten Palairet in Verbindung und empfahl, da seine Mission keinen Erfolg hatte, sie diesem zu übertragen. Aber die Zustimmung der holländischen Regierung konnte nicht erlangt werden; sie wollte nicht, daß ihr Gesandter sich noch mit anderen politischen Angelegenheiten befasse. Darauf wurde Palairet aufgetragen, auch ohne offiziellen Charakter für das Zustandekommen des Subsidienvertrages tätig zu sein. Auch das war vergeblich, der Plan mußte fallen gelassen werden.[2]

Inzwischen hatte der Siebenjährige Krieg begonnen. Während Ansbach und Würzburg auf die österreichische Seite traten, näherte sich Friedrich Alexander Hannover, das zum Schutz gegen einen französischen Einfall Hilfstruppen gebrauchte. Daß er dem Verbündeten Friedrichs des Großen seine wenn auch schwachen Kräfte zuführen wollte, lag durchaus in der Richtung seiner damaligen Politik. Wieder war dabei der konfessionelle Gedanke — schon vorher von ihm in diesen Subsidienverhandlungen betont — für ihn von Wichtigkeit. Denn er erachtete es als

---

[1] N. A. Englischer Subsidienvertrag. Schreiben an die einzelnen Höfe und Antwortschreiben Oktober und November 1755.

[2] N. A. Englischer Subsidienvertrag. Briefwechsel mit Barbut und Seckendorf November 1755 bis 13. Februar 1757.

seine Pflicht, seine Soldaten einem protestantischen Staate zur Verfügung zu stellen. „Ehr und Eifer vor die gute Sache" bezeichnete er als seine Triebfedern. Alle Protestanten, meinte er, sollten es mit Hannover halten.[1]

Er war sich dessen bewußt, daß es sehr gewagt von ihm sei, sein Kontingent diesem zu überlassen, denn das mußte in Wien neuen Unwillen gegen ihn hervorrufen. Auch konnte er gewärtig sein, daß Frankreich, dessen Truppen ja in seiner Nähe standen und auch seine Grafschaft heimsuchten, noch größeren Druck auf ihn ausüben würde.[2]

So stand er in Gefahr, sich durch seine protestantische Politik in neue Schwierigkeiten zu begeben. Sie kamen jedoch nicht zur Auswirkung, da ein Abschluß nicht erfolgte. Denn er konnte die Bedingungen, die man ihm bot, nicht erfüllen.[3]

Aber es gab noch eine andere Möglichkeit, einen Subsidienvertrag einzugehen. Frankreich bearbeitete die deutschen Reichsstände, ihm gegen Geldzahlung Truppen zu übergeben. Infolgedessen erwog er, da er mit Hannover nicht einig wurde, ob er nicht mit diesem ein Abkommen treffen solle.[4] Aus seiner Lage ist es schließlich verständlich, daß ihm auch dieser Gedanke kam. Denn dort, wo er wollte, vermochte er seine Soldaten nicht unterzubringen, und er wollte doch die günstige Kriegszeit, die vielen anderen zustatten kam, nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Doch in Anbetracht seiner Politik wird man erstaunt sein, daß er einen solchen Plan erörterte. Denn er setzte sich ja, wenn er sich Frankreich anschloß, in Widerspruch zu seiner politischen Auffassung, gerade 1757, wo er am entschiedensten die Unterstützung der protestantischen Seite forderte. Gewiß beabsichtigte er keineswegs, einen völligen Frontwechsel vorzunehmen. Nach wie vor beteuerte er seine preußisch-protestantische Gesinnung, und wenig später setzte er sich in einer neuen Aktion für Friedrich II. ein.[5] Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß er hier die Folgerichtigkeit in seinen Erwägungen vermissen ließ, die er sonst in seiner Kriegspolitik beobachtete. Mit seinen politischen Grundsätzen stand diesmal der Wunsch nach Gewinn im Widerstreit.

Es erinnert somit sein Verhalten an das der Jahre 1741/43, wo ebenfalls die kriegerischen Verwicklungen ihm zugute kommen sollten. Aber der rein praktische Standpunkt konnte für ihn jetzt nicht ausschlaggebend sein. Er konnte wohl schwanken bei der Aussicht auf den finanziellen Vorteil, aber diesen einseitig zu verfolgen, war für ihn ausgeschlossen. Da er mit Österreich in Zwiespalt war, fühlte er sich an Preußen gebunden und auf seinen Schutz angewiesen. Deshalb war er bestrebt, alles zu vermeiden, was dort Anstoß erregen konnte, um nicht in dieser für

[1] N. A. Tagebuchnotizen 13. Februar, 1. März 1757.
[2] N. A. Tagebuchnotizen 13. Februar, 18. April 1757.
[3] N. A. Tagebuchnotizen 1. März 1757.
[4] N. A. Tagebuchnotizen 16. Januar, 1. und 6. März 1757.
[5] Vergl. S. 48 ff.

ihn so kritischen Zeit jeden Beistand zu verlieren. Ein Zusammengehen mit Frankreich erschien ihm darum bedenklich; er fürchtet die nachteiligsten Folgen für seine Beziehungen zu Preußen. Er glaubte, den Schritt höchstens dann tun zu dürfen, wenn er preußischerseits die Genehmigung erhalte.[1]

Diese Bedenken führte er auch an, als Graf Seckendorf auf einer Reise nach seinen clevischen Gütern bei ihm in Neuwied einkehrte und sein Regiment für Frankreich verpflichten wollte. Er schlug es ihm aus, obwohl es ihm schmerzlich war, daß seine Truppe ihm nichts einbrachte. Er tröstete sich damit, daß es zugleich eine protestantische Tat sei, wenn er zu Preußen hielte. „Was soll man tun Gott über alles! Der wolle die Evangelischen schützen ‚Bekenner erwecken und stärken,“ schrieb er gerade mit Bezug auf diesen Vorgang und brachte damit wieder zum Ausdruck, wie sehr die Vorstellung von der religiösen Bedeutung des Krieges in ihm mächtig war.[2]

Ein anderes Mal, als er einen ständigen Subsidienvertrag wenigstens für 1 Bataillon und 1 Schwadron mit Frankreich zu schließen wünschte, stellte er die Bedingung, daß diese in eine französische Garnison gelegt würden, damit sie nicht im Kampfe gegen Friedrich II. Verwendung fänden. Auch daraus wurde nichts.[3]

Endlich scheint er 1758 zum Ziele gekommen zu sein. Da betrieb er mit Nachdruck Werbungen für 1 Bataillon Soldaten zu einem für französische Dienste bestimmten Pfalz-Zweibrückischen Regiment. Nun machte er Friedrich dem Großen direkt Mitteilung und holte seine Zustimmung ein. Dieser erklärte sich einverstanden, denn er kannte die Bedrängnis, in die Friedrich Alexander damals um seinetwillen geraten war. Durch eine neue Unternehmung zugunsten des Königs hatte er nämlich den Wiener Hof so gegen sich aufgebracht, daß er auf Bestrafung gefaßt sein mußte. Dem wollte er vorbeugen. Daß er dem österreichischen Bundesgenossen Truppen stellte, sollte in Wien dahin gedeutet werden, daß er das Mißfallen, das er gegen sich heraufbeschworen, zu beseitigen wünsche. Wenn er sich also zuletzt doch mit der Gegenseite einließ, geschah es in der Hauptsache aus diesem Grunde, wie zu gleicher Zeit bei der Frage der Kontingentsstellung in Rücksicht auf die kaiserliche Macht, die er nicht unbeachtet lassen konnte.[4]

So beleuchten diese Subsidienverhandlungen aufs neue seine Stellung in dem preußisch-österreichischen Streit. Sie zeigen, wie er sich nur schwer in ihm behaupten konnte und die Rückwirkung seiner Handlungen auf Freund und Feind zu be-

[1] N. A. Tagebuchnotizen 1. und 6. März 1757.
[2] N. A. Tagebuchnotizen 25. und 28. Juni 1757.
[3] N. A. Friedensvermittlung 1757. — An Barbut 1. August 1757.
[4] N. A. Kriegs- und Militärsachen. Stellung eines Bataillons für französische Dienste.
N. A. Friedensvermittlung 1757. Brief Storchs 15. Februar und 21. März 1758.

denken hatte. Wir erkennen, wie er trotz einigen Schwankens an den Grundlinien seiner Politik festhielt, indem seine protestantische Gesinnung ihn beeinflußte und er zu Friedrich dem Großen zu stehen für sich als notwendig ansah. Ebenso spielt auch der Gegensatz zu Österreich hier hinein. Gerade aus der Truppenwerbung von 1758 ist ersichtlich, wie stark dort inzwischen die Feindschaft gegen ihn geworden war. Das führt uns zu einem neuen Kapitel seiner Politik im Siebenjährigen Kriege. Es mußte eine Tat vorliegen, die mehr als alles andere eine Parteinahme für Friedrich II. bedeutete, in der also sein Eintreten für die preußisch-protestantische Sache den stärksten Ausdruck fand. Das war eine Friedensvermittlung zwischen Frankreich und Preußen 1757.

Ein französischer Oberst namens Fischer kam Ende Juni 1757 mit einem Freikorps nach Neuwied.[1] Von ihm hörte der Graf, das neue politische System Frankreichs werde dort von maßgebenden Persönlichkeiten getadelt; man sei der Ansicht, das Bündnis mit Österreich widerspreche dem französischen Vorteil; es diene dazu, den Hauptgegner zu stärken; das eigentliche Interesse Frankreichs erfordere die Unterstützung des Königs von Preußen als seines natürlichen Verbündeten gegen den Erbfeind. Fischer sprach die Überzeugung aus, daß Frankreich in Unterhandlungen eintreten und Belle-Isle, als dessen Vertrauten er sich ausgab, infolge seiner alten Anhänglichkeit an Friedrich II. diese unterstützen werde. Er stellte in Aussicht, in 3 Wochen werde ein französischer Bevollmächtigter unter dem Vorwande, das Bataillon des Grafen anzuwerben, in Neuwied sein, wenn dann auch eine Vertrauensperson des Königs zur Stelle sei, könnten die Präliminarien dort abgeschlossen werden. Von diesen Eröffnungen machte Friedrich Alexander dem König sofort Mitteilung; er ließ die im Gespräch geäußerten Gedanken von Fischer in 2 Briefen schriftlich niederlegen, schickte einen davon mit einem erklärenden Schreiben seinerseits an den König und versicherte ihm, sich vollständig nach seinen Befehlen richten zu wollen.[2] Er nahm sich also sofort der Angelegenheit an, nicht wie 1741 direkt in der Absicht, etwas zu verdienen, sie mußte vielmehr ohne weiteres seinen Beifall finden, weil sie seiner politischen Stellungnahme in dieser Zeit entsprach; er konnte dem von ihm hochverehrten König einen hervorragenden Dienst erweisen und der protestantischen Sache von großem Nutzen sein.

Das Angebot geschah zu einer Zeit, als Friedrich schon auf anderem Wege versuchte, mit Frankreich geheime Unterhandlun-

[1] A. Schäfer: a. a. O. S. 412 ff.
Volz: Kriegführung und Politik Friedrichs des Großen in den ersten Jahren des Siebenjährigen Krieges, Berlin 1896, S. 143 ff.
[2] N. A. Akten betr. Vermittlungsversuch zwischen Preußen und Frankreich 1757. Brief Fischers, Andernach 3. Juli.
Friedrich Alexander an den König 4. Juli; Facti species 5. Januar 1759. — Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen Bd. XV S. 255.

gen zu beginnen. Auf seine Veranlassung hatte seine Schwester, die Markgräfin von Bayreuth, an die französische Regierung eine Anfrage stellen lassen, wie sie sich zu einem Friedensschluß verhalte, ferner hatte er auf ihren Rat den Oberkammerherrn des Bayreuther Hofes, den Grafen Mirabeau, beauftragt, die Marquise von Pompadour durch das Anerbieten von 5000 Talern für eine Friedensvermittlung zu gewinnen.[1] Die Vermittlung des Grafen Wied kam also einem schon bestehenden Wunsche entgegen. Friedrich der Große antwortete ihm demnach, er sei bereit, der Unterhandlung näherzutreten und eine Vertrauensperson zu schicken unter der Bedingung, daß alle seine deutschen Verbündeten in den Frieden eingeschlossen würden und man sich näher erkläre.[2]

Die Zustimmung des Königs veranlaßte den Grafen zu handeln. Er schickte den aus den Subsidienverhandlungen von 1755 bekannten Kammerherrn Barbut de Maussac an Belle-Isle mit der Weisung, diesem die Angelegenheit vorzutragen, fürs erste einen Rückzugsbefehl für die französische Armee zu erwirken, sich des Briefes des Königs nur mit Behutsamkeit und im Falle der Not zu bedienen, den Fischers je nach Belieben zu verwenden, ihm beständig über die Konferenzen Mitteilung zu machen und ihn am Hofe unter Hinweis auf seine 1735 geleisteten Dienste zu empfehlen, in allem aber um des Grafen willen das größte Geheimnis in Anbetracht Österreichs zu wahren.[3] Daß er einen Schritt unternahm, der ihm, wenn er in Wien bekannt würde, äußerst gefährlich werden konnte, wußte er von vornherein. Aber das hielt ihn nicht ab. Sein Beweggrund war, gemäß der Politik, die er in dieser ganzen Zeit verfolgte, das Interesse für Preußen.

Von der Absendung Barbuts wurde der König in Kenntnis gesetzt.[4] Auch dieser ging einen Schritt weiter. Es schien zuerst, als ob er zunächst Vorschläge der Gegenpartei habe abwarten wollen, nun aber entschloß er sich, den Obersten von Balbi vom Ingenieurkorps nach Neuwied zu senden. Er erteilte ihm weitgehendste Vollmacht; ein Beweis, wie viel ihm an dem Abschluß mit Frankreich lag. Balbi wurde ermächtigt, die vorläufigen Bedingungen abzuschließen und zu unterschreiben und dabei mit solcher Autorität zu handeln, als wenn der König selbst zugegen wäre. Friedrich versprach auf sein Wort, das, was Balbi unterschreiben werde, zu genehmigen und zu erfüllen, ohne jemals dagegen zu handeln oder handeln zu lassen.[5] Seine Be-

---

[1] A. Schäfer: a. a. O. 411/12.
[2] N. A. Antwort des Königs. Leitmeritz 18. Juli. Politische Korrespondenz XV, S. 256.
[3] N. A. Instruktion an Barbut 30. Juli.
[4] N. A. Friedrich Alexander an den König 4. August. Politische Korrespondenz XV S. 290.
[5] N. A. Friedrich II. an Wied. Lager von Weißenburg 12. August. Politische Korrespondenz XV S. 300.

dingungen waren: keine Abtretung preußischer Gebiete, Abschluß eines Waffenstillstandes zur Verständigung mit seinen Verbündeten; Erneuerung der früheren Allianz.[1] Am 23. August kam Balbi in Neuwied an und hielt sich dort unter dem Namen von der Heyn auf,[2] der Graf mußte ihm aber bereits jetzt zu seinem Schmerz gestehen, daß an eine Zusammenkunft mit einem französischen General nicht zu denken sei und man überhaupt wenig Hoffnung haben könne. Denn Barbut war bereits aus Paris zurückgekehrt, seine Sendung war vergebens gewesen.

Am 6 .August war der Unterhändler in Compiègne angekommen und von Belle-Isle in Audienz empfangen worden. 1741 hatte dieser die Untrennbarkeit Frankreichs und Preußens betont, jetzt beschwerte er sich über den Bündnisbruch Friedrichs und sprach sich gegen eine Einigung mit ihm aus, weil man dem Bündnis mit Österreich treu bleiben müsse. Belle-Isle unterbreitete die Angelegenheit den Ministern, und Barbut hatte am selben Tage um 8 Uhr abends die zweite Unterredung mit ihm. Der Marschall teilte ihm die Ansicht des Hofes und der Minister mit, die sich mit dem deckte, was er selbst am Morgen gegen den Vergleich mit Preußen gesagt hatte. Man hielt Friedrich für verloren und fühlte sich mit Österreich verbunden, darum lehnte man es ab, die Stellung zu wechseln oder Verhandlungen ohne Hinzuziehung des Wiener Hofes zu führen. Nun war die Aufgabe Barbuts zunächst erledigt; nach 2 weiteren ergebnislosen Konferenzen mit Belle-Isle kehrte er nach Neuwied zurück.[3]

Damit aber gab der Graf sich nicht zufrieden. Nach der Rückkehr Barbuts versuchte er — da ein Separatvertrag zwischen Frankreich und Friedrich dem Großen abgelehnt war — einen allgemeinen Frieden zu vermitteln.[4] In einem Schreiben vom 30. August wandte er sich an den Grafen Kaunitz und bot ihm seine Dienste an für den Fall, daß der kaiserliche Hof sie zu einem Friedensschluß zu verwenden für nützlich halte. Vorschläge machte er nicht; er erwähnte auch die zwischen Frankreich und Preußen schwebenden Verhandlungen mit keinem Wort. Der Brief hatte lediglich den Zweck, Österreich zu einer Antwort zu veranlassen, zu sehen, wie es sich zu dem Friedensvorschlag stellen werde. Zugleich versuchte er bei dieser Gelegenheit, sich in Wien in ein besseres Licht zu setzen. Er betonte am Schlusse des Schreibens, man möge in diesen Eröffnungen erkennen„ l'esprit de dévoument véritables et très soumis," von dem er sich nie entfernt habe, wie die Verdächtigungen seiner Feinde behaupteten; seine Absicht sei immer rein, nichts in seinem Betragen habe verleugnet, was einem Reichsglied zukomme, auch seine Tätigkeit im westfälischen Grafenkollegium geschehe „ad intentionem

[1] A. Schäfer: a. a. O. S. 414. — Politische Korrespondenz XV S. 300.
[2] N. A. Balbi an den König 23. August.
[3] N. A. Bericht Barbuts über seine Audienz bei Belle-Isle.
[4] N. A. Species facti 5. Januar 1759.

Caesaream". Es sind Worte, die bei seinem gegenteiligen Verhalten ohne Zweifel etwas sonderbar klingen. Eine Antwort wurde ihm nicht zuteil. Es war ja auch gerade in diesem Augenblick von Österreich nicht zu erwarten, daß es sich darauf einließ, da ihm, gestützt auf so viele Verbündete und in Anbetracht der Erfolge des Jahres 1757 bei Kollin, Hastenbeck, Großjägersdorf die Niederwerfung Preußens sicherer als je und also ein Grund zum Frieden nicht vorhanden war.

Am 15. September jedoch schrieb er wieder an Kaunitz. Nun berichtete er ihm vollständig den bisherigen Gang der Verhandlung. Er selbst habe den Wunsch gehabt, die Ruhe in Europa wiederherzustellen, und habe die Unterhandlungen erleichtert, um sich beim Kaiserhofe wieder in Gnade zu setzen. Er hoffe, daß Österreich sich den Verhandlungen anschließen werde. Für den allgemeinen Frieden unterbreitete er folgenden Plan: Schlesien solle an Österreich, Hannover statt Schlesiens an Preußen gegeben werden, der König von England sei ja alt und schwach, und dessen deutsche Staaten könnten also sofort oder nach seinem Tode an Preußen abgetreten werden. Frankreich werde sich freuen, seinen Verbündeten zu befriedigen.

Auffallend ist, daß damit der Wiener Hof über die ganze Angelegenheit vonihm in Kenntnis gesetzt wurde. Veranlassung dazu konnte nur folgendes gewesen sein: Er hatte einen ausführlichen Bericht Barbuts über dessen Reise nach Paris zugleich mit einem eigenen Schreiben und anderen Papieren durch den preußischen Kurier Nadler am 23. August an den König geschickt.[1] Anfang September jedoch erhielt er die Nachricht, daß der Kurier in Sachsen von österreichischen Soldaten abgefaßt worden sei.[2] Diese Mitteilung rief in Neuwied die größte Bestürzung hervor. Balbi reiste sofort ab und ließ sich, nachdem er sich einige Zeit im Westerwald versteckt hatte, in Dillenburg nieder. Der Graf aber war in größter Sorge, wie man ihn diesen Schritt entgelten lassen werde, und diese Furcht war gewiß berechtigt.

Während er 1735 und 1741 Österreich in bedrängter Lage beigestanden hatte, um ihm zum rettenden Frieden zu verhelfen, hatte er hier gegen es gearbeitet. Er hatte sich für die wichtigsten Dienste dem Preußenkönig zur Verfügung gestellt, war als eifriger Parteigänger für ihn aufgetreten; seine Vermittlung war dazu angetan, das große Koalitionswerk von Kaunitz zu zerstören. Man kannte ihn in Wien schon wegen seiner oppositionellen Haltung im Grafenkollegium und auf dem Reichstage, aber diese Friedensvermittlung mußte ihm — das fühlte er gleich, darum war er entmutigt, ja verzweifelt — mehr als jede andere Widersetzlichkeit von kaiserlicher Seite übelgenommen werden. Er fürchtete sogar Gefangensetzung oder Wegnahme seines Landes

---

[1] N. A. Friedrich Alexander an den König 23. August.
[2] N. A. Ununterschriebenes Blatt 4. September.
Politische Korrespondenz XV S. 327. Friedrich an Balbi 4. September.
Politische Korrespondenz XV S. 372. Eichel an Balbi 24. September.

und erwog deshalb, ob er nicht nach Frankreich oder Holland fliehen und sich dort verbergen solle.[1]

In dieser Angst sandte er den Bericht über den bisherigen Verlauf der Vermittlung nach Wien. Da er annehmen mußte, daß man dort über alles unterrichtet war, hielt er es für das Richtigste, ein offenes Bekenntnis abzulegen. Es kam ihm dabei darauf an — diesen Zweck verfolgte die Benachrichtigung sicherlich — eine solche Darstellung zu geben, als ob er in bestem Glauben gehandelt habe um des allgemeinen Friedens willen und Österreich zuliebe; weiter wollte er jedenfalls den Eindruck erwecken, daß er freiwillig diese Eröffnungen mache, denn die Gefangennahme Nadlers, von der er damals schon Nachricht hatte, erwähnte er nicht.

Erst in einem dritten Briefe an Kaunitz vom 20. September knüpfte er an diese Begebenheit an. Das Schreiben war noch mehr darauf angelegt, sich zu rechtfertigen und den Kaiserhof zu besänftigen. Er entschuldigte die Darstellung des Berichtes an den König, also die Parteinahme, die aus seinen Worten sprach: er habe sich nur der Denkungsart des Königs und des Abgesandten Barbut angepaßt; er bat um Verzeihung und versprach, sich gänzlich zurückzuziehen und nur auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin und der Minister etwas zu unternehmen.

Beide Schreiben hatten nicht die geringste Wirkung; es wurde ihm wiederum keine Antwort gegeben. Ein neues Mißgeschick vielmehr belehrte ihn, wie gereizt man in Wien war.

Inzwischen war nämlich noch ein neuer Versuch gemacht worden, in Frankreich zu einem Erfolge zu kommen. Der Graf und Balbi waren an demselben Tage, an dem dieser in Neuwied ankam, als von der Abfassung Nadlers also noch nicht die Rede war, übereingekommen, Barbut zum zweitenmal nach Paris zu senden, um — wie dieser vorgeschlagen hatte — die Marquise von Pompadour durch das Versprechen, daß ihr die preußischen Gebiete Neuchatel und Valengin abgetreten würden, für die Unterhandlung zu gewinnen.[2] Der Plan wurde auch aufrecht erhalten, als die Gefangennahme des Kuriers schon bekannt war. Barbut wurde aber nunmehr zu seiner Sicherheit zum Gesandten des Grafen ernannt und mit Beglaubigungsschreiben an den Abbé Bernis und den König und einem Empfehlungsbrief an Belle-Isle versehen. Am 20. September traf er in Paris ein; er hatte eine Unterredung mit Belle-Isle, in der er ihn nur ganz allgemein über die aufgefundene Depesche informierte, und eine

[1] Politische Korrespondenz XV S. 377. Balbi an den König 15. September.

[2] Friedrich Alexander an den König 23./24. August.
Bericht Balbis an den König 23. August.
Friedrich an Balbi 26. September; in Dillenburg angekommen am 6. Oktober.
Politische Korrespondenz XV, S. 377/78. Friedrich an Balbi 26. Sept.
Politische Korrespondenz XV, S. 391. Friedrich an Balbi 30. Sept.

zweite mit Bernis, mit dem er die Schriftstücke und den Zweck seiner Sendung eingehend besprach. Aber bereits 2 Tage darnach brach das Unglück über ihn herein: er wurde verhaftet und in die Bastille gesteckt. Man war über sein Kommen von Wien aus schon unterrichtet, und die Verhaftung war von vornherein beschlossen, in der Hauptsache wohl aus Rücksicht auf Österreich. Sowohl die eigenen Bitten wie auch die Bemühungen des Grafen bei dem König und verschiedenen Ministern vermochten nicht, Barbut die Freiheit wieder zu verschaffen; nachdem er mehrfach verhört worden war, wurde er erst nach einem Jahr und 15 Tagen (7. Oktober 1758) aus der Haft entlassen.[1]

So war auch diese Unternehmung gescheitert und damit die Vermittlung überhaupt beendet. Balbi reiste infolgedessen am 19. Oktober von Dillenburg ab. Dem Grafen aber sollte sie teuer zu stehen kommen. Die Angriffe des Wiener Hofes ließen nicht lange auf sich warten.

Einen Anlaß, ihn wegen seiner außen- und innerpolitischen Haltung zu bestrafen, bot die Neuwieder Münze. Sie wich wie die Münzen der übrigen Reichsstände von dem Reichsfuße ab, aber ihr Gehalt und Gepräge war doch so gut, daß sie auch außerhalb des Neuwieder Gebietes beliebt war. Als aber nach dem Abgang des ersten Münzmeisters das Geld schlechter wurde, wurde verschiedentlich, obwohl es immer noch besser war als manches andere, Einspruch erhoben. Kurköln verbot zuerst die Neuwieder Münze 1752, ein paar Jahre später Kurtrier und Frankfurt. Man beschuldigte die Neuwieder Regierung, daß sie die alten Frankfurter Batzen und andere gute Reichsmünzen aufgekauft und in ihre geringwertigeren umgeprägt habe. Ende 1757, also nach dem Vermittlungsversuch des Grafen, wurde diese Gelegenheit gegen ihn ausgenutzt. Der Reichshofrat strengte eine fiskalische Untersuchung an und übertrug Kurpfalz die Exekution. Am 14. März 1758 6 Uhr morgens zogen 600 Mann in Neuwied ein, besetzten Schloß, Münzstätte und Schloßgarten, durchsuchten die Münzstätte, zerstörten die Werkzeuge und nahmen das vorhandene Silber und Kupfer im Wert von über 30 000 Mark mit. Die Soldaten blieben 5 Tage in Neuwied, „wo sie die Ketzer mit schadenfroher Willkür belästigten".[2] Außerdem drohte ihm, während bei den ihn umgebenden Fürsten, z. B. in Koblenz und Dierdorf, ruhig weiter gemünzt wurde, ein fiskalischer Prozeß, in dem ihn nach strengem Recht nichts retten konnte. Er war darum in solcher Besorgnis, daß er Pistorius gestand, mit ihm sei es so weit gekommen, daß er gut tun müsse und wolle, wofern der Prozeß aufgehoben und er der kaiserlichen Gnade wieder versichert werde, für welchen Fall er sich zur Devotion verbunden habe. Doch in

---

[1] N. A. Barbut an Balbi 3. November 1759.
[2] N. A. Tagebuchnotizen 21. März 1758.
Stramberg: Rheinischer Antiquarius III, S. 3.
A. Liersch: Dukaden-Sozietät und Glaubensakademie, zwei wiedische Gesellschaften des 18. Jahrhunderts. Neuwied 1904 S. 50—56.

Wien ließ man ihn nicht so leichten Kaufes davonkommen. Alle Beteuerungen, daß er dem Kaiserhofe ergeben sein wolle, fanden dort keine Beachtung.[1] 1761 beantragte der Reichshofrat bei dem Kaiser eine außerordentliche Bestrafung, und nach 1763 wurde seine Bitte um Aufhebung des Prozesses abgeschlagen, weil — diese Bemerkung ist wiederum charakteristisch für seine Politik und Stellung zu Österreich — „in allen Sachen von der gegnerischen Seite gewesen, öfters übel instruction gegeben ohne Mitwissenschaft der Comembrorum, alle Vermahnungen bey mir fruchtlos gewesen; in allem bösen mit dem Herrn Gesandten an einem Strick gezogen".[2] Schließlich wurde, nachdem mehrere Druckschriften gewechselt waren, die Sache niedergeschlagen, der Graf begann wieder zu münzen.[3]

Noch ein anderer Grund fand sich, gegen ihn vorzugehen. Er hatte sich im Jahre 1756 zur Förderung einer religiösen gelehrten Gesellschaft bereitfinden lassen, die in Ostfriesland von dem Theologen Johann Heinrich Oest gegründet war, wegen Mangels an Mitgliedern und Beiträgen sich aber bisher nicht hatte entwickeln können. Er war ihr Protektor geworden, hatte ihr zensurfreien Druck ihrer Schriften zugestanden, durch finanzielle Unterstützung den Druck der ersten Schriften ermöglicht und ihr den Namen: „Hochgräflich Neuwiedische Akademie zur Vereinigung des Glaubens und weiteren Aufnahme der Religion" verliehen.[4]

Der Gedanke einer Glaubensunion war nicht neu, Vereinigungsversuche zwischen Lutheranern und Reformierten, zwischen Katholiken und Protestanten waren seit dem 17. Jahrhundert gemacht worden.[5] Der Zweck der Akademie war ein ähnlicher, die in den verschiedenen Religionen vorhandenen übereinstimmenden Lehrmeinungen zu sammeln und über strittige Lehrsätze von gelehrten Männern aller Berufe und Bekenntnisse, selbst Freidenkern, Untersuchungen anstellen zu lassen, um so das Interesse an religiösen Fragen zu erhöhen, das Verlangen nach einer Glaubensvereinigung zu stärken und die Annäherung vorzubereiten.

Die Akademie erregte Aufsehen, ihre Gesetze und Einrichtungen, von Oest eilfertig ohne Zustimmung des Grafen durch den Druck bekanntgegeben, wurden teils angegriffen, teils verteidigt. Auch in Wien wurde man aufmerksam auf sie und sah in ihr eine willkommene Handhabe, ihm neue Schwierigkeiten zu

[1] N. A. Tagebuchnotizen 21. März; 21. April; 24. Juni; 10. August 1758. 4. und 10. April; 27. August 1759.
[2] N. A. Korrespondenz mit Pistorius 27. April 1763.
[3] N. A. Allerlei Korrespondenz. An Rat Külp November 1764.
[4] N. A. Akten betr. Sozietät zur Vereinigung des Glaubens. A. Viersch: Dukaten-Sozietät und Glaubensakademie, zwei wiedische Gesellschaften des Jahrhunderts. Neuwied 1904.
[5] Biedermann: Deutsche Kultur im 18. Jahrhundert. Leipzig 1854, Bd. I. S. 280 ff.

bereiten. Oktober 1757 erhielt er die erste Kenntnis von der Absicht der kaiserlichen Regierung.[1] Es wurden der Akademie Verstöße gegen die Reichsgesetze zur Last gelegt, indem man ihr vorwarf, sie gebe geheime Schriften heraus, von dem Grafen sei Zensurfreiheit gestattet und den „drei im Reich recipierten und confirmierten Religionen" würden Mängel und Fehler vorgeworfen, denen per Vota abgeholfen werden solle. Nach dem ersten Entwurfe Oests war allerdings viel Gekünsteltes und Geheimnisvolles in den Einrichtungen der Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Schriften waren als „geheim", d. h. bloß für die Mitglieder bestimmt, bezeichnet worden, und nur einzelne ausgewählte Aufsätze sollten der Öffentlichkeit durch den Druck bekannt gegeben werden. Es war auch richtig, daß Friedrich Alexander bei der Aufnahme der Gesellschaft in Neuwied Zensurfreiheit zugestanden hatte. Doch beide Bestimmungen waren später geändert worden, und das Abstimmungsrecht der Mitglieder hatte sich nie auf religiöse Streitfragen, sondern nur auf die ökonomische Einrichtung der Gesellschaft und die Beurteilung der für den öffentlichen Druck vorgesehenen Schriften erstreckt. Trotzdem war die Gefahr für ihn nicht beseitigt. Der eigentliche Grund lag ja tiefer und erklärt sich aus den politischen Verhältnissen, aus seinem protestantischen Eifer und seiner Hinneigung zu Preußen. In aller Stille sollte er überrumpelt werden. Vorzeitig jedoch erhielt er von verschiedenen Seiten die Nachricht, daß Hessen-Darmstadt, — auch Köln und Kurtrier wurden genannt — mit der Untersuchung beauftragt seien.[2] So drohte ihm wieder eine Untersuchung in der Art der pfälzischen Münzexekution. Er entging ihr nur dadurch, daß Hessen-Darmstadt die Kommission ablehnte, er inzwischen das Protektorium aufgab und den verschiedenen Höfen und dem Reichshofrat in Wien die Aufhebung der Akademie mitteilte.[3] Er mußte sich also auch hier der kaiserlichen Gewalt fügen. Aber das Vorgehen des Wiener Hofes erfüllte ihn mit Bitterkeit. Es war ihm vollkommen klar, daß beide Angelegenheiten nur Vorwände waren und die Feindseligkeiten sich in erster Linie gegen seine Person selbst richteten.[4]

Die Verfolgungen verfehlten ihre Wirkung nicht. Sie lehrten ihn mit aller Deutlichkeit, daß sein Verhältnis zu Wien

---

[1] N. A. Sozietät: Pistorius aus Regensburg vom 11. Oktober 1757. Hofrat Harder aus Wien 5. Oktober und 16. November 1757.

[2] N. A. Sozietät: Hofrat Beckmann aus Hachenburg 14. August 1758. Schreiben aus Darmstadt 13. August 1758.

[3] N. A. Sozietät: Wied an den Grafen von Waldeck 2. September 1758, an den Landgrafen von Hessen Darmstadt 14. August 1758.
Pistorius an Wied 27. August, 4. September 1758.
Tagebuchnotizen 20. September 1758.

[4] N. A. Beilage zum Gutachten Beckmanns betr. die Aufhebung, 4. August 1758.
Wied an v. Hösch-Köln 20. August 1758, an Pistorius 12. August 1758.
Tagebuchnotizen 12. August 1758. („Wan jemand soll verfolgt werden, so muß alles zum Stoß dienen.")

anders werden mußte. Es galt, die Feindschaft des Kaiserhofes zu beseitigen und seines Wohlwollens wieder teilhaftig zu werden.

„Patriotische Gesinnung, Aufopferung gut und Blutes vor die Freyheit und Religion nach Reichsgesetzen muß jederzeit zum Grunde bleiben, dabey aber Mäßigung und Behutsamkeit.“[1] Diese Worte enthalten seine neue Auffassung. Man müsse sich in diesen schweren Zeitläuften recht besinnen, so hören wir von ihm, was man tue, was zu tun notwendig sei oder nicht; bei seinen Nachkommen sei er verantwortlich, wenn er den Ruin seines Hauses durch übertriebene „Don Quichoterey“ befördere. Er betrachte es darum als seine Pflicht, erklärte er weiter, insofern es ohne Verlust der reichsständischen Freiheit und Religion geschehen könne, die kaiserliche Gnade zu suchen; ja, untröstlich über die Ungnade, wolle er alles tun, sie abzuwenden.[2] Hatte er sich 1757 gerühmt, daß er am liebsten solche Erklärungen gegen den Wiener Hof abgeben möchte, daß sie mit besonderem Beifall von der Nachwelt gelesen würden, äußerte er sich nun dahin, daß die kaiserliche Gnade den Grafen not tue, daß sie das Fundament, der vornehmste Schutz zumal der Mindermächtigen sei, die darum doppelt Ursache hätten, kaiserlicher Majestät devot zu sein. Sich und den Grafenstand mit dem Kaiser zu verbinden, bezeichnete er als sein Verlangen und wünschte, die Grafen möchten fürstenmäßig behandelt und den geringeren Reichsständen nicht gleichgestellt, sie möchten geehrt werden, anstatt daß rücksichtslos von ihnen gefordert und ihnen gedroht werde, dann könnten sie sich dem Kaiser verpflichtet fühlen.[3] Über seine äußere Politik in den ersten Kriegsjahren urteilte er jetzt, am Anfang hätten Schritte getan werden müssen, vielleicht habe er deren zu viel gemacht,[4] und in bezug auf seinen Kampf für die Standesangelegenheiten bekannte er später, daß sein Eifer zu groß gewesen sei.[5]

Demnach war er zwar nicht gesonnen, die von ihm in der inneren und äußeren Politik befolgten Grundsätze preiszugeben. Die religiöse und ständische Freiheit wollte er weiterhin verteidigen. Festhalten an dem einmal als richtig Erkannten erschien ihm jetzt noch als notwendige Vorbedingung politischen Handelns. So schrieb er an Pistorius: „Feindschaft vermeiden? Das soll man trachten, in modo, und wann ein Schritt ohnnötig. Nicht aber, wan die Sache den Schritt erfordert. Feindschaft und Freundschaft sind vorübergehend, aber Praejudiz bleibet.“[6] Insofern aber war eine Wandlung eingetreten, als es sein Bestreben war, mehr Vorsicht zu üben, zurückhaltender und in der Form gemäßigter

[1] N. A. Tagebuchnotizen 26. März 1759.
[2] N. A. Tagebuchnotizen 26. März 1759, 18. April 1758, 4. April 1759.
N. A. Korrespondenz mit Pistorius 27. April 1763.
[3] Tagebuchnotizen 26. März, 4. April 1759.
N. A. Korrespondenz mit Pistorius 6. Juli 1762, Anfangs 1764.
[4] Tagebuchnotizen 26. März 1759.
[5] N. A. Korrespondenz mit Pistorius 24. Januar 1770.
[6] N. A. Korrespondenz mit Pistorius 5. Juni 1769.

zu sein. Er war entschlossen, sich so mit dem Wiener Hofe zu stellen, daß dort ein günstigeres Urteil über ihn entstand und diese Wendung sich doch mit seinen politischen Anschauungen vereinigen ließ. So wurde er nicht mehr in demselben Maße wie früher von dem Gefühl der Opposition beherrscht, eine versöhnlichere Stimmung hatte sich eingestellt, und damit war eine Vorbedingung geschaffen, daß seine Beziehungen zum Kaiserhaus besser werden konnten.

Neben den persönlichen bitteren Erfahrungen trug dazu bei, daß er im ganzen über die Zeitereignisse jetzt ruhiger dachte als zu Anfang des Krieges. Er glaubte aus seinem Verlaufe folgern zu dürfen, daß man auf kaiserlicher Seite nicht die Macht zur Unterdrückung der ständischen Freiheit habe, ja, er spricht sogar davon, daß auch der Wille dazu wohl nicht vorhanden sei. Zur Begründung führte er an: „Aus Frankreich weiß ich von geheimer, guter Hand, daß man die Religions Verfassung in Deutschland nicht wolle hindern lassen am Ende. Es ist vor die Rhein Länder so gar zu fürchten, daß sie Viel werden ausstehen müssen von dem Zerfall der Allianz und künftigen Kriegen mit Österreich. Die Jesuiten sind eigentlich, welche das Rad mit aller Mühe und großem Geld treiben; seind aber in Frankreich nicht allmächtig.“[1] Die Gefahr schien ihm also nicht mehr so groß zu sein, wie er es sich beim Zusammenschluß der Gegner vorgestellt hatte. Die Gegensätze verloren ihre Schärfe, mit größerer Gelassenheit sah er dem Kampfe der Mächte zu. Das war gewiß eine weitere wichtige Voraussetzung für einen Ausgleich.

Allmählich trat denn auch eine Besserung ein. Er reiste zur Krönung Josephs II. nach Frankfurt und wurde, wie er bemerkt, „wenigstens conditionate ausgesöhnt und vor Persona grata deklariert.“[2] Er mühte sich weiter um die kaiserliche Gunst, indem er holländische Werbung in seinem Gebiet verbot, die dem Kaiser verhaßt war, da sie zur Entschuldigung der am Rhein schlecht gehenden kaiserlichen Werbung angeführt wurde. Dafür ließ er den Kaiserlichen freie Hand und schenkte ihnen zwei schöne Leute;[3] außerdem ließ er einen Sohn in das österreichische Heer eintreten.[4] Endlich war die persönliche Verehrung, die er für Joseph II. empfand, geeignet, die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Er nennt ihn den „trefflichen“, „so sehr wohldenkenden Kaiser,“ der „so gerechtliebend ist“.[5] So wurde denn die alte Feindschaft zwischen dem Grafen und dem Kaiserhof schließlich beseitigt. Der beste Beweis für diese Aussöhnung ist die Erhebung Friedrich Alexanders in den Fürstenstand 1784.

---

[1] N. A. Tagebuchnotizen 26. März 1759.
[2] N. A. Korrespondenz mit Pistorius 11. November 1769.
[3] N. A. Akten betr. Erhebung in den Reichsfürstenstand. Schreiben des Grafen vom 11. Juni 1784.
[4] N. A. Korrespondenz mit Minister Herzberg 27. Dezember 1784. N. A. Korrespondenz mit Dönhoff September 1785.
[5] Korrespondenz mit Pistorius 19. April 1766; 10. April 1767; 26. Febr. 1770.

Die politische Tätigkeit Friedrich Alexanders hat uns hauptsächlich in die großen außenpolitischen Kämpfe des 18. Jahrhunderts geführt. Durch die drei Vermittlungen von 1735, 1741 und 1757 ist sein Name mit der Geschichte dieser Zeit verknüpft. Es bleibt sein Verdienst, durch die erste wesentlich an der Beendigung des polnischen Erbfolgekrieges mitgeholfen zu haben. Wenn die beiden anderen von einem solchen Erfolg auch nicht begleitet waren, so waren sie doch sein Werk: Er hat den Anstoß gegeben und ist an ihnen beteiligt gewesen, die in Betracht kommenden Mächte haben sie ernsthaft verfolgt.

In dem Streit um das „Don gratuit“ ist er einer der Hauptführer der gräflichen Kollegien. Das Bewußtsein, daß jede Minderung ihrer Rechte ihrer selbständigen Stellung Abbruch tue, ist bei ihm besonders stark ausgeprägt. So tritt er im Reich als einer der rührigsten und unnachgiebigsten der zahlreichen auf ihre ständische Freiheit pochenden Reichsglieder hervor.

Seine Abhängigkeit nach allen Seiten hin, namentlich dem Reichsoberhaupte gegenüber, und das aus seiner Notlage zu erklärende Streben nach Verdienst, das zuweilen seine Politik beeinflußte, kennzeichnen ihn besonders als einen dieser kleinen Dynasten, die die Reichsverfassung des 18. Jahrhunderts noch kannte. Um so bemerkenswerter ist sein Kampf gegen die finanziellen Ansprüche des Kaisers und sein Eintreten für den Protestantismus im Siebenjährigen Kriege; es sind die Höhepunkte seiner politischen Betätigung, insofern er sich hier als tatkräftiger Förderer gemeinsamer Interessen erweist.

Nicht nur in Fragen der großen Politik hat er die Ungunst seiner Stellung zu spüren gehabt. Es ist natürlich, daß dieselben Beschränkungen, die ihn dort in seiner Bewegungsfreiheit einengten, gleicherweise bei der Verwaltung seines kleinen Landes sich geltend machen mußten. Hier ist er ebenfalls der Kleinfürst, der durch seine Ohnmacht und mißliche wirtschaftliche Lage bedrückt ist. Aber nach dem, was wir aus seiner politischen Tätigkeit erfahren, ist es nicht zweifelhaft, daß er den zur Überwindung der Schwierigkeiten erforderlichen entschlossenen Sinn und einen ernsten Willen zum Vorwärtsstreben besaß.

Ueberblick über die Regierungstätigkeit in der Grafschaft W i e d.

Die Grafschaft wurde durch die Kriege des 18. Jahrhunderts hart mitgenommen: 1734/35 im polnischen Erbfolgekrieg durch Einquartierung dänischer Truppen der Reichsarmee, 1743 im österreichischen Erbfolgekrieg beim Durchmarsch der pragmatischen Armee unter dem Feldmarschall Stair und dem Prinzen von Aremberg, in den Jahren 1745, 46, 47 infolge von Durchzügen kaiserlicher Truppen, von 1756 ab vor allem durch die Franzosen. Einquartierungen, Kontributionen, Gespanndienste und Fouragelieferungen waren zu erdulden.[1] Zahlreich sind die Klagen des Grafen aus allen Jahren des Siebenjährigen Krieges, daß das Land von den Franzosen ruiniert werde und alle Vorstellungen dagegen keine Abhilfe brächten; daß es so verarmt sei, daß man nicht wisse, woher Saathafer zu nehmen sei; daß viele Felder unbebaut blieben; daß die Lieferungen nicht aufhörten.[2] Der machtlose Graf konnte sich nicht zur Wehr setzen; wie bei anderen Gelegenheiten zeigte es sich auch hier, daß er der Gewalt des Stärkeren sich unterwerfen mußte.

Vielfach kamen Streitigkeiten mit benachbarten Fürsten vor. Als es z. B. bei dem Tode des Grafen Wilhelm Heinrich zu Sayn-Altenkirchen 1742 um dessen Erbschaft zu großen Verwickelungen auf dem Westerwalde kam, suchte Kurpfalz seine Lehnsherrschaft mit Gewalt auszudehnen und ließ auch in der Grafschaft Wied Patente ankleben, in denen es die Jurisdiktion über wiedische Untertanen in Anspruch nahm, und der Kurfürst von Trier griff die Grafschaft mit bewaffneter Macht an. Auch hier kam dem Grafen seine Ohnmacht zum Bewußtsein; er konnte den mächtigeren Nachbarn nicht allein entgegentreten und mußte die Hilfe anderer anrufen; er suchte in dieser Lage um Schutz nach bei Preußen, das wie Neuwied Mitglied des niederrheinisch-westfälischen Grafenkollegiums war, und bei dem französischen Marschall Belle-Isle.[3]

Die konfessionellen Verhältnisse in der Grafschaft boten den Anlaß zu vielfachen Auseinandersetzungen mit den Untertanen

---

[1] W. Groß: Neuwieder Zeitung vom 11. November 1916 u. ff.

[2] N. A. Tagebuchnotizen 10. August 1758; 24., 28. März und 4. April 1759. Korrespondenz mit Pistorius 1. Februar, 29. März, 12. April, 29. September 1760 und 5. Januar 1763.

[3] N. A. Korrespondenz 1740—43. Brief Seckendorffs vom 23. Februar 1742 und Antwort Wieds vom 9. April 1742.
An Geh.-Rat Muzelius in Berlin 24. Februar 1743.
An Belle-Isle 1. März 1742; an Bischoff, franz. Gesandtschaftssekretär in Frankfurt.
Belle-Isle an Wied 17. März 1742.
R e ck : a. a. O. S. 251.

und wiederum mit den Nachbarländern. Wohl herschte in Neuwied seit der Gründung der Stadt 1662 Freiheit des religiösen Bekenntnisses, aber die Rechte der einzelnen Gemeinden waren sehr verschieden. Darum traten die nicht der landesherrlichen reformierten Religion Angehörenden, Lutheraner und Katholiken, denen freie Religionsübung nur in ihren Häusern gestattet war, mit immer neuen Wünschen betreffend den Bau von Gotteshäusern und Schulen, eigenes Glockengeläut, Anstellung von Geistlichen und Lehrern, Anlage von Kirchhöfen u. a. m., an die Landesherrschaft heran, um die ihnen auferlegten Beschränkungen hinwegzuräumen und zu völliger Freiheit und Gleichberechtigung in der Ausübung ihrer Religion zu kommen, was ihnen auch mehr und mehr gelang. Unter Friedrich Alexander dauerte der Streit noch an, und selbst die umliegenden Reichsstände Kurpfalz, Trier und Köln, von Lutheranern und Katholiken um Beistand angerufen, griffen ein, indem sie bei ihm wegen Unterdrückung ihrer Glaubensgenossen vorstellig wurden und ihn zur Aufhebung der Beschwerden aufforderten. Die Einmischung in wiedische Verhältnisse war dem Grafen peinlich und ärgerlich, sodaß er die Ausweisung der katholischen Gemeinde, die ihm am meisten zu schaffen machte, trotz des zu erwartenden Widerstandes der benachbarten katholischen Fürsten und des Kaisers erwog. Ihm selbst waren die Unduldsamkeit, mit der die Gemeinden einander beschuldigten, und die kleinlichen Beschwerden, die sie vor ihn brachten, zuwider. Um klare Verhältnisse zu schaffen, ließ er Rechte und Pflichten der Reformierten und Lutheraner festsetzen und diesen Ausgleich 1755 von beiden Teilen unterschreiben, sodaß, nachdem auch die Zwistigkeiten mit der katholischen Gemeinde beigelegt waren, unter ihm der konfessionelle Friede hergestellt wurde.

Neben diesen drei Religionsgemeinschaften gab es in Neuwied eine Reihe von Sekten, die durch die hier gewährte Gewissensfreiheit zum Zuzug bewogen wurden. Einigen Menonitenfamilien war schon 1680 Zuflucht gewährt worden; Friedrich Alexander selbst erteilte 1739 den aus dem Zweibrückischen und 1751 einigen aus der Pfalz ausgewiesenen Inspirierten die Erlaubnis zur Ansiedlung; 1740 nahm er vorübergehend die sog. „Bartmänner“ auf, 38 Personen, die aus Schweden und Dänemark vertrieben waren und dann in Ostfriesland gewohnt hatten. 1751 und 1756 erfolgte die Niederlassung der wichtigsten der Neuwieder Sekten, der Herrenhuter. Der Graf hatte ruhige Untertanen an den Sektierern, und ebenso die anderen Gemeinden scheinen keine Veranlassung zur Klage gehabt zu haben. Daß er sie aufnahm, und auch einem Freidenker, Joh. Chr. Edelmann, gegen den Willen seines Konsistoriums den Aufenthalt gestattete, legt davon Zeugnis ab, daß er von dem humanen und toleranten Geiste des 18. Jahrhunderts durchdrungen war.[1]

[1] N. A. Akten betr. Religionsangelegenheiten.
Reck: a. a. O. 221 ff.

Mit der Zulassung Andersgläubiger und der Gewährung kirchlicher und burgerlicher Freiheiten an sie verfolgte er aber in erster Linie praktische Zwecke. Durch die Einwanderung Fremder sollte die Bevölkerungszahl vermehrt, die Bautätigkeit gefördert und das wirtschaftliche Leben gehoben werden.

Auch die Aufmerksamkeit, die er der Glaubensakademie zuwandte, ist, abgesehen davon, daß er überhaupt religiösen Fragen große Teilnahme entgegenbrachte, sicherlich mit hierin begründet. Er wollte seiner Stadt Neuwied einen gewissen Ruf verschaffen, durch den Druck der Schriften Geld ins Land ziehen und Auswärtige, Mitarbeiter oder für die Akademie Interessierte, zum Zuzug veranlassen.

Für vermehrte Bautätigkeit in der Stadt sorgte er, indem er im nordwestlichen Teil die Kasernenstraße anlegte und eine Anzahl von Häusern bauen und durch eine Lotterie ausspielen ließ.

Besonders förderte er die Industrie. 1745 errichtete er in der Stadt Neuwied eine Eisenfabrik, eine Porzellanfabrik und eine Rotgerberei; in den Jahren 1748—52 auf dem Rasselstein ein Hüttenwerk, den Blechhammer, die sog. kleine Fabrik, eine Salpeterhütte und Pulvermühle, eine Bohrmühle für Flintenläufe und Kanonen, eine Potaschesiederei und eine Scharlachfärberei; in Neuwied selbst gründete er 1751 eine Blechfabrik, die das nach dem wiedischen Stempel benannte Pfauenblech lieferte; in demselben Jahre legte er auf dem Schlosse Friedrichstein bei Fahr a. Rhein eine Spinnerei und Tuchweberei an. 1762 ließ er auf dem herrschaftlichen Hof Rheinau Baumwolltuche herstellen und um dieselbe Zeit auf Schloß Friedrichstein Berlinerblau und andere Farben bereiten.

Daneben versuchte er auch die Landwirtschaft zu heben. Um die Bauern mit Verbesserungen in Feldbebauung und Viehzucht bekannt zu machen, um sie zu neuen Anpflanzungsversuchen zu veranlassen und sie für vermehrte und verbesserte Obstbaumzucht zu gewinnen, ließ er die Landschultheiße monatlich mit seinen Räten zu Beratungen zusammenkommen, an denen er selbst oft teilnahm. Auf den herrschaftlichen Höfen, besonders zu Rheinau, legte er Musterwirtschaften an und ging in der Pflanzung von Obstbäumen mit gutem Beispiel voran.[1]

Die erstaunliche Fülle dieser Schöpfungen, die in schneller Folge nacheinander entstanden, kennzeichnen seine Rührigkeit, Strebsamkeit und Fürsorge. Es waren alles Maßnahmen, wie sie für das Zeitalter des Absolutismus charakteristisch waren. Man denkt unwillkürlich z. B. an die preußischen Könige, die gleichfalls zur Besiedlung und wirtschaftlichen Förderung des Landes Kolonisten herbeiriefen und in ähnlicher Weise Gewerbe und Landwirtschaft zur Blüte zu bringen bestrebt waren.

Reck: a. a. O. S. 258 ff.
A. Liersch: Die Freimaurerei in Neuwied. Neuwied 1899, S. 2—3.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Grafschaft geschah zum Besten des Landes, aber auch mit Rücksicht auf den eigenen Vorteil. In jeder Weise trachtete er ja danach, seine traurige Finanzlage zu bessern; jedes Mittel, das sich ihm bot, suchte er auszunutzen. Unter den vielfachen Bemühungen waren die eigenartigsten, eine in Verbindung mit der Gräfin Sophie von Hachenburg unternommene Handelsunternehmung 1746—50 und Kolonisationsbestrebungen in den Jahren 1743—74.

Auf Veranlassung des Kurpfälzischen Hofrats Meyer wurden Waren auf holländischen Schiffen ins Ausland, vornehmlich nach Curacao in Westindien, geschickt, dort verkauft oder eingetauscht, und ausländische Erzeugnisse wie Kaffee, Tee, Kakao, Indigo zurückgeführt und in Amsterdam wieder verkauft. Mit ganzem Herzen war der Graf nicht bei dem Unternehmen, das Risiko schreckte ihn, und mit Unbehagen dachte er mit Rücksicht auf seine finanzielle Not an die Möglichkeit von Verlusten. Er war nicht der Mann, sich in gewagte Spekulationen einzulassen; praktisch und nüchtern wollte er seine Geschäfte übersehen können und gleich Vorteil aus ihnen ziehen. Infolgedessen kam es zu starken Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Meyer, der zur Vermehrung des Kapitals durch Zurückhaltung des Gewinnes und weitere Einzahlungen drängte und die von dem vorsichtigen Grafen verlangte genaue jährliche Rechnungslegung zu umgehen wußte mit der Begründung, die Waren seien in Curacao noch nicht eingetauscht, seien zum Teil noch unterwegs oder in Amsterdam noch nicht verkauft. Lieber wäre dem Grafen eine Beteiligung bei einer sicheren, schon bestehenden und bekannten Handelsgesellschaft gewesen. Vor allem noch ist hervorzuheben, daß er die Handelsunternehmung in weitem Maße für sein Land nutzbar und gewinnbringend machen wollte. Er gab Meyer den Auftrag, holländische Kaufleute und Fabrikanten zur Übersiedlung nach Neuwied zu bewegen, um die auszuführenden Waren in Neuwied herzustellen und so heimische Produktion und Schiffahrtsunternehmen mit einander zu verbinden. Das alles blieb freilich nur theotretische Erwägung. Das Schiffahrtsunternehmen selbst wurde, als sich bei Meyers plötzlichem Tode 1750 herausstellte, daß er einen großen Teil des aufgebrachten Kapitals zu eigenen Spekulationen verwandt hatte, und da wegen des augenblicklich schlechten Handels auf Curacao, wo noch ein Teil der Güter ohne Aussicht auf Absatz unverkauft lag, neuer Verlust drohte, durch einen Vergleich mit einem Amsterdamer Kaufmann beendet.[1]

Um überseeisches Land zu erwerben, wurde 1753 der „Doktor und Chirurgien Major des Hospitals und der Militz der Edlen Sozietät in der Kolonie Surinam," Herbert, in Begleitung des wiedischen Hauptmanns von Wobeser nach London geschickt mit dem Auftrage, bei den Direktoren der Sozietät von Surinam nach einem Stück Land zur Anlage einer Plantage

[1] R. A. Akten betr. Schiffahrtsunternehmen 1745—51.

Nachfrage zu halten und ein Kapital von 40 000 Gulden für den Ankauf und die Bewirtschaftung des Landes aufzubringen.[1] Aus dem Plane wurde nichts, da die meisten und bestgelegenen Ländereien bereits vergeben waren, auch das Risiko und die Schwierigkeit der Verwaltung einer so entlegenen Besitzung zu Bedenken Anlaß gaben und besonders, weil das notwendige Kapital fehlte.[2]

Im Jahre 1757 wurde dann dem Grafen durch Vermittlung des holländischen Gesandten Palairet in London von dem General Waldow, einem der Führer der englischen Expedition nach Cap Breton, 100 000 (später 200 000) englische Morgen Land im östlichen Teil der Provinz Massachusets unter Vorbehalt einiger persönlicher Rechte unentgeltlich als Eigentum angeboten gegen die Verpflichtung, 1000 protestantische deutsche Familien, jede wenigstens aus 4 Personen bestehend, innerhalb 12 Jahren in das neuerworbene Land zu senden, und zwar 80—100 Familien in jedem Jahr, beginnend im ersten Jahr nach beendigtem Kriege Englands mit Frankreich (1762). Wurde die vorgeschriebene Anzahl nicht erreicht, sollte eine Verminderung des Flächengebietes nach dem Verhältnis der fehlenden Familien eintreten.[3] Wiederum ein weitausschauender Plan, verlockend und doch bedenklich. Der Graf konnte ohne Geldzahlung ein großes Gebiet erwerben, von dem zu erwarten war, daß es sich entwickelte und Einkünfte brachte. Andererseits aber schreckte eine Reihe von Schwierigkeiten. Er kannte die Beschaffenheit und Ertragfähigkeit des Landes nicht, er mußte einen eigenen Beamten nach Amerika entsenden, er war möglicherweise gezwungen, für die Auswanderer die überfahrt zu zahlen oder sie in den ersten Jahren ihres dortigen Aufenthaltes durch Geld, landwirtschaftliche Geräte, Saatfrüchte und Vieh zu unterstützen. Diese überlegungen wogen um so schwerer, da er ohne die Gewißheit eines Erfolges keine Mittel hergeben, sich auf unsichere Aussichten nicht einlassen wollte, wohl wissend, daß er sich solche Experimente nicht gestatten könne. Außerdem wußte er nicht, woher er die Ansiedler nehmen sollte.[4] Palairet machte die verschiedensten Vorschläge, für den Kampf mit Frankreich in Nordamerika ein Regiment zu stellen und die Soldaten nach dem Kriege dort anzusiedeln, das Land an französische Kolonisten weiter zu verpachten, auswanderungslustige polnische Dissidenten oder französische Protestanten mit Hilfe einer Kollekte in Deutschland überzuführen; das aber erwies sich ebenfalls als

---

[1] R. A. Akten betr. Plantage in der Kolonie Surinam und Landankauf dazu. 1753/54.
Vollmacht für Herbert 15. September 1753.

[2] R. A. v. Masfeld an Karl zu Wied 3. März 1754.

[3] R. A. Akten betr. Landerwerb in Amerika.
Korrespondenz mit Waldow und Palairet in England 1757—66. Palairet aus London 25. März 1557 und Kontrakt mit Waldow.

[4] Gutachten der wiedischen Räte Keller, Wobeser, Döhler.

undurchführbar.[1] So mußte der Graf infolge der Bedenken, besonders, weil er solche Familien nicht auffinden konnte, die zur Überfahrt auf eigene Kosten bereit waren, auch von diesem Gedanken absehen.

Diese Handels- und Kolonisationsbestrebungen waren wiederum ganz im Sinne der damaligen Wirtschaftspolitik. Seit dem Anfange des 17. Jahrhunderts waren Pläne aufgetaucht und Versuche angestellt worden, selbst von binnenländischen Staaten und kleinsten Fürsten, nach dem Vorbilde von England und Holland einen direkten Verkehr mit den überseeischen Ländern herbeizuführen und womöglich eigene Kolonien zu erwerben. Man glaubte, es gäbe kein besseres Mittel, sich neue Erwerbsquellen zu verschaffen. Der Große Kurfürst hatte sich entschlossen und erfolgreich wie kein zweiter deutscher Fürst an die schwierige Aufgabe gewagt. Von denselben Ideen waren noch die Fürsten und Staatsmänner des 18. Jahrhunderts ergriffen. Karl VI. errichtete z. B. die Handelskompagnie in Ostende und Friedrich der Große begründete in Emden eine asiatische Gesellschaft.[2] Wie allgemein die Vorstellung von dem Nutzen maritimer Betätigung war, ergibt sich daraus, daß auch ein Graf Wied sich mit derartigen Plänen befaßte.

Vergegenwärtigt man sich alle diese Anstrengungen, so wird man nicht erstaunt sein, daß ebenso seine politische Betätigung zur Besserung seiner Finanzen dienen sollte. Wir konnten darauf hinweisen, wie er nach der Vermittlung 1735 wiederholt Frankreich um eine Belohnung bat; wie er durch die Vermittlung 1741 und durch Subsidienverträge Gewinn zu erzielen hoffte. Nunmehr wird uns erst vollständig klar, daß seine äußere Politik und seine persönlichen Verhältnisse in der ersten Hälfte seiner Regierung in Zusammenhang standen.

Wie wir bei der Betrachtung seiner Politik, der Schiffahrts- und Kolonisationsversuche sahen, hatte er viel Mißerfolg. Auch seine mehrfachen Anstrengungen, ein Kapital zu leihen, führten nicht zum Ziele.[3] Den größten Wert mögen wohl die wirtschaftlichen Maßnahmen in Industrie und Landwirtschaft gehabt haben. Allmählich ist es ihm gelungen, der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden; von der Mitte der fünfziger Jahre ab verstummen seine sonst so zahlreichen Klagen.

Noch ein anderes ist endlich für seine Regierungstätigkeit bemerkenswert. Dem Vorbilde der absoluten Herrscher des 18. Jahrhunderts folgend, traf er eine Reihe von Verbesserungen in der Verwaltung. 1741 wurde ein Bergamt errichtet und die Nassau-Katzenellenbogensche Bergordnung eingeführt; 1744 die

[1] N. A. Palairet aus London 19. Juli 1757, 7. Juni, 2. August 1763, 21. Dezember 1770.

[2] Erdmannsdörffer a. a. O. I S. 443—470. II S. 412—420. Hintze a. a. O. S. 356.

[3] N. A. Korrespondenz mit Banquier Meyer 1738/39. N. A. Kabinettskorrespondenz mit Graf Zinzendorf 1750—54 (gelegentlich der Aufnahme der Herrenhuter).

Regierungskanzlei in mehrere Kollegien eingeteilt, die Landesverwaltung mit Ausnahme der Stadt Neuwied in die Ämter Heddesdorf und Grenzhausen getrennt; von dem Münzrecht wurde größerer Gebrauch gemacht.[1] Noch wichtiger aber ist, daß er sich um alles selbst kümmerte; wie z. B. sein Verhalten in den religiösen Streitigkeiten zeigte, schritt er gegen Eigenmächtigkeiten ein und wahrte das landesherrliche Recht der Oberaufsicht und der Genehmigung zu jeder Neuerung. Mit Recht sagt der Wied-Runkelsche Rat Gudenus von ihm, und ein größeres Lob konnte ihm nicht gespendet werden: „Bey Ew. Hochgräfl. Gnaden ist eine gantz andere Einrichtung. Hochdieselben regieren selbsten und durchdringen alles mit eigenen Augen.[2]

Bis ins höchste Alter war er eine durchaus aufs Handeln eingestellte Natur. Noch in den Jahren 1770 bis 1785 bekannte er, daß er in viele Geschäfte verwickelt sei, so daß er kaum Zeit zum Schreiben fände; bei seinem unruhigen Temperament habe er überhaupt stets zu streiten.

Aber wenn auch Sorgen und Verdrießlichkeiten nicht aufhörten, so konnte er trotzdem feststellen, daß doch vieles besser geworden war. Das Verhältnis zu den Untertanen war ein gutes, die Konfessionen in der Grafschaft lebten in vollkommener Eintracht miteinander, was ihm besondere Genugtuung bereitete; von der Schuldenlast war er befreit, mit dem Kaiser völlig ausgesöhnt, kein Krieg hatte ihn mehr in Mitleidenschaft gezogen.

Daß er sich nach einem so langen und vielbewegten Leben öfter nach völliger Ruhe sehnte, ist wohl verständlich. Am liebsten möchte er von allen Verwicklungen verschont sein, die Welt und ihre mühsamen Geschäfte verlassen können, um mit einigen geistlichen Büchern ein Einsiedler zu werden.

Je älter er wurde, desto mehr beschäftigte ihn die Religion, desto mehr gab er, von der Aufklärung unbeeinflußt, seinem tiefen religiösen Empfinden Ausdruck. Völlige Hingabe an Gott und Gottes Gebot war sein Sehnen. Alle eigenen Wünsche und Begierden sollten zurücktreten. Seine tägliche Bitte und sein Streben, so gesteht er, ging dahin, daß die heimliche Liebe zur Welt, die noch in ihm sei, durch die reine Liebe zu Gott überwunden werde. „Jesu hilf siegen!" war darum eins seiner Lieblingslieder.[3]

So bereitete er sich auf das Ende vor, das bei seinem hohen Alter nicht mehr fern sein konnte. Beinahe 85 Jahre alt, starb er am 7. August 1791.

---

[1] A. Giersch: a. a. O. S. 2.
[2] R. A. Allerlei Korrespondenz: Gudenus an den Grafen 6. Februar 1767.
[3] Korrespondenz mit Dönhoff 1770; 15. Juli und 20. Dezember 1784. 28. Februar und September 1785. 15. September 1786.

Lebenslauf.

Ich, Karl Wilhelm Bierbrauer, wurde am 2. Dezember 1886 in Altenkirchen (Westerwald), Kreis Altenkirchen, geboren. Ich besitze die preußische Staatsangehörigkeit und bin evangelischen Bekenntnisses.

Von Ostern 1893 bis Ostern 1897 besuchte ich die Volksschule, hierauf bis Ostern 1902 die Höhere Stadtschule meines Geburtsortes, dann das Gymnasium zu Mörs, das ich Ostern 1906 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Ich studierte Geschichte, Deutsch und Latein Sommersemester 1906 und Wintersemester 1906/7 in Marburg, Sommersemester 1907 in Bonn, Wintersemester 1907/8 in Berlin, vom Sommersemester 1908 ab wieder in Marburg, wo ich am 26./27. April 1912 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestand.

Meine akademischen Lehrer waren in Marburg die Professoren: Varrentrapp, von der Ropp, Klebs, Busch, Vogt, Elster, Birt, Maaß, Kalbfleisch; in Bonn die Professoren: von Bezold, Ritter, Litzmann; in Berlin die Professoren: Breysig, R. Schmidt, Roethe, E. Schmidt, von Wilamowitz-Moellendorff. Ihnen allen sage ich für das, was sie mir gaben, aufrichtigen Dank.

Mein Seminarjahr leistete ich vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913 an dem Königlichen Dom- und Realgymnasium in Kolberg ab, mein Probejahr vom 1. Oktober 1913 bis zum Ausbruch des Weltkrieges am Königlichen Realgymnasium in Pasewalk. Den Weltkrieg machte ich von 1914 bis zu seiner Beendigung 1918 beim 1. Pommerschen Feldartillerieregiment Nr. 2 mit. Von Januar bis April 1919 war ich als Studienassessor dem Realgymnasium in Pasewalk zugeteilt. Seit 1. April 1919 bin ich als Studienrat in Kolberg tätig.

Das Rigorosum bestand ich am 13. Juli 1927. Herrn Geheimrat Professor Dr. Busch bin ich für die Förderung dieser Arbeit zu herzlichem Danke verpflichtet.